



Geschichte der Eskalation eines einwöchigen Protestgeschehens

**Demonstrationsbeobachtung des
Komitees für Grundrechte und Demokratie
vom 2. bis 8. Juli 2017 in Hamburg zum G20**



■ **Komitee für
Grundrechte und
Demokratie e.V.**

IMPRESSUM

■ Komitee für Grundrechte und Demokratie

Aquinostraße 7-11
50670 Köln
Telefon 0221 9726930 - Fax 0221 9726931
info@grundrechtekomitee.de
www.grundrechtekomitee.de

Text und Redaktion
Elke Steven

Foto
Claudia Flemming und Boris Frentzel

Presserechtlich verantwortlich
Elke Steven

Inhalt

Vorwort	4
1. Das besondere Grundrecht: Versammlungsfreiheit	6
2. Vorgeschichte	7
3. Schlafen verboten!	8
Entenwerder	9
Volkspark Altona	9
Überall entstehen Unterkünfte	10
4. Angriff auf Menschen, die „cornern“ (Dienstag, 4. Juli 2017)	10
5. Angriff auf die „Welcome to hell“-Demo (Donnerstag, 6. Juli 2017)	11
6. Angriff auf die Ersatzdemo, als sie sich selbst auflösen will	13
7. Der Tag des Zivilen Ungehorsams (Freitag, 7. Juli 2017)	14
Aktion „Colour the red Zone“ von BlockG20	14
Innenstadt	15
Außerhalb der Demoverbotszone	16
Nachmittägliche Protestwelle	18
Aktion im Hafen	19
8. Manchmal dürfen Demos einfach stattfinden – oder auch nicht so ganz	20
Protestwelle (Sonntag, 2. Juli 2017)	20
Nachtanzdemo (Mittwoch, 5. Juli 2017)	20
Bildungsstreik (Freitag, 7. Juli 2017)	21
Großdemonstration: Grenzenlose Solidarität statt G20! (Samstag, 8. Juli 2017)	21
9. Die Gemengelage im Schanzenviertel Freitagabend (7. Juli 2017)	22
... und Samstagabend (8. Juli 2017)	25
10. Polizeiliche Machtdarstellung und Provokationen	25
11. Bürgerliche Kreativität	26
12. Hausdurchsuchung am Samstag, 8. Juli 2017	27
13. Kontrollen bei der Anreise	27
14. Die Situation in der Gefangenessammelstelle (GeSa)	28
15. Angriffe auf Funktionsgruppen: Sanitäter*innen, Journalist*innen, Rechtsanwält*innen	28
16. Schlussfolgerungen	31

Vorwort

Mit insgesamt 43 Demonstrationsbeobachter*innen haben wir die Proteste gegen den G20 in Hamburg in der Zeit vom 2. bis 8. Juli 2017 begleitet. Es waren vielfältige Formen von Protesten, die wir in dieser Woche beobachten konnten. Der Protest begann also schon Tage vor dem Beginn des G20-Gipfels am 7./8. Juli 2017 in den Hamburger Messehallen. Insbesondere am Freitag, dem „Tag des Zivilen Ungehorsams“, waren viele Kleingruppen unterwegs, die wir nicht alle begleiten konnten. Oft waren wir beeindruckt von den Mengen von Menschen, die von Anbeginn und immer wieder auf die Straße gingen. Die Gelassenheit, mit der viele Menschen den polizeilichen Zumutungen immer wieder begegneten, war bemerkenswert.

Anders als in der ersten medialen Berichterstattung waren unsere Blicke auf die angekündigten Versammlungen gerichtet und nicht auf die Riots, die Randalen oder den Aufstand, der die Freitagnacht im Schanzenviertel prägte. Damit hatten wir vor allem die polizeiliche Gewalt im Blick, die Zumutungen vom Ignorieren des Gerichtsbeschlusses auf das Recht, ein Camp in Entenwerder zu errichten (Sonntag, 2. Juli 2017), über die gewaltsame Auflösung der friedlichen „Welcome to hell“-Demo bis zur teilweise rücksichtslosen Gewalt gegen Gruppen und Einzelne am Tag des Zivilen Ungehorsams. Und auch noch bei der Großdemonstration am Samstag konnten wir feststellen, dass der Schutz des Versammlungsrechts missachtet wurde. In die Versammlung wurde immer wieder polizeilich eingegriffen, vor allem mit dem Herausdrängen eines ganzen Blocks und den späteren Festnahmen aus der Schlusskundgebung. Selbstverständlich haben wir auch die vorausgegangenen Konflikte und Auseinandersetzungen um die Anmeldung von Versammlungen und Camps, um Routen und Auflagen beobachtet, wie auch die mediale Einstimmung auf den Gipfel und die Proteste dagegen.

Seit 1981 hat das Komitee für Grundrechte und Demokratie immer wieder solche Demonstrationsbeobachtungen organisiert. Oft haben wir festgestellt, dass dieses bedeutende Grund- und Menschenrecht missachtet und eingeschränkt wurde. In dieser Hamburger Woche drängte sich jedoch in besonderer Weise der Eindruck auf, dass die Polizei außer Kontrolle geriet in ihrem Versuch, alles unter Kontrolle zu haben. Das ist auch von einer Politik zu verantworten, die den Grundstein dafür legte und ggfs. genau das sogar intendierte. Die Fragen nach den Verantwortlichkeiten – auch im Bund –, nach der Rolle der Bundespolizei, der Verfassungsschutzbehörden und ihren Gefahrenprognosen und der Zusammenarbeit mit ausländischen Polizeieinheiten müssen gestellt werden. Es bleibt noch viel zu analysieren und auszuwerten.

Auch deshalb schließen wir uns den Forderungen aus dem Kontext der Protest- und Bewegungsforscher*innen an, eine unabhängige Untersuchungskommission einzurichten. Es ist notwendig, diese Eskalation von Gewalt zu verstehen, um künftig anders mit solchen Situationen umzugehen. Dafür braucht es unabhängige Sachverständige, die die vorhandenen Materialien, Dokumente und Berichte jenseits eines parteipolitischen Interesses auswerten. Dazu brauchen sie allerdings das Recht, auch amtliche Materialien einzusehen, Zeug*innen (Demonstrant*innen und Vertreter*innen von Institutionen) anzuhören und müssten die Kompetenz haben, dies in eine Gesamtauswertung einfließen zu lassen.

Diesen aus diversen zeitlichen Gründen schnell erstellten Bericht aus den vielen Demonstrationsbeobachtungsberichten verantwortet das Komitee für Grundrechte und Demokratie, insbesondere Elke Steven. Viele Fragen bleiben darin notwendigerweise noch offen, weitere Recherche und Bewertung ist erwünscht. Wir hoffen darauf, dass ein Prozess der genauen Auswertung und nüchternen Einschätzung in Gang gesetzt wird. Der vorliegende Bericht leistet dafür einen Beitrag.

Wir danken allen Demonstrationsbeobachter*innen, die diese Arbeit auf sich genommen und die detaillierten Berichte geschrieben haben, auf denen diese Zusammenfassung fußt. Ohne dieses Engagement jedes/jeder Einzelnen wäre diese Art der Verteidigung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit nicht möglich.

Vor allem danken wir allen, die mit ihrem Engagement, mit ihrem Protest, ihrem unermüdlichen Streiten für das Menschenrecht auf Versammlungsfreiheit auf der Straße waren.

Die Demonstrationsbeobachter*innen:

Ahmed Abed, Beate Aßmuß, Elke Bahl, Heiner Busch, Theo Christiansen, Maren Enders, Barbara Esser, Claudia Flemming, Boris Frentzel, Sarah Fritsch, Jochen Fuchs, Sigrid Graumann, Dieter Hartmann, Ive Hauswald, Enrico Hünninger, Heike Kammer, Philipp Knopp, Pia Kohbrok, Peter Kottmeier, Peter Langlo, Helga Lenz, Doreen Lindner, Paul Metsch, Matthias Micus, Stephan Nagel, Carola Otte, Tessa Pariyar, Helmut Pollähne, Matthias Richter, Hans Ripper, Pascal Ronc, Philipp Scharf, Stephanie Schmidt, Friedhelm Schneiders, Theresia Schwär, Elke Steven, Sonja Tesch, J. Philipp Thurn, Roman Thurn, Eugen Troendlin, Peter Ullrich, Gisbert von Eyb, Wilko Zicht

1. Das besondere Grundrecht: Versammlungsfreiheit

Die Grundrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit sind stark umstrittene Grundrechte. In Artikel 8 des Grundgesetzes wird im zweiten Satz schon die Möglichkeit der Einschränkung dieses Grundrechts für „Versammlungen unter freiem Himmel“ vorgesehen. Das Misstrauen gegenüber diesem Menschenrecht war von Anfang an bestimmend und schnell wurde ein Versammlungsgesetz erlassen, das Einschränkungen ermöglicht. Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit steht anders als die anderen Grundrechte, die vor dem Eingriff des Staates in die individuellen Rechte schützen sollen, für ein kollektives Recht. Die Bürger*innen dürfen sich zusammenschließen und gemeinsam ihre Kritik auf die Straße bringen. Oft richtet sich diese Kritik gegen staatliches Handeln. Dieses Grundrecht schützt in erster Linie Minderheiten und abweichende Meinungen. Das Bundesverfassungsgericht hat erstmals in der Brokdorf-Entscheidung 1985 deutlich gemacht, dass dieses Grundrecht als selbstverständliches Bürgerrecht verstanden werden muss. Versammlungs- und Meinungsfreiheit gehören zu den „unentbehrlichen und grundlegenden Funktionselementen eines demokratischen Gemeinwesens“. Es betont: „(...) das Recht, sich ungehindert und ohne besondere Erlaubnis mit anderen zu versammeln, galt seit jeher als Zeichen der Freiheit, Unabhängigkeit und Mündigkeit des selbstbewussten Bürgers“. Diese versammlungsfreundliche Entscheidung wurde tragend für das Verständnis des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit. Aber die Versuche, dieses Verständnis in der Praxis zu unterlaufen und Gründe für Einschränkungen und Verbote auszumachen, charakterisieren den staatlichen Umgang mit diesem Grundrecht. Fast jede Allgemeinverfügung, mit der eine Demonstration erheblich eingeschränkt oder gar verboten werden soll, beruft sich formal darauf, im Geiste jener verfassungsgerichtlichen Entscheidung zu handeln.

Die Gefahren, die von einer Demonstration ausgehen könnten, werden quasi reflexartig im Vorhinein groß ausgemalt. Sofort ist bei großen und konfliktiven Demonstrationen staatlicherseits von zu erwartenden Gewalttätern, von Autonomen und dem „schwarzen Block“ die Rede. Das soll schon im Vorhinein jedes polizeiliche Eingreifen rechtfertigen. So richtig es ist, dass Bürger*innen das Recht haben, sich „friedlich und ohne Waffen“ zu versammeln, so wichtig ist jedoch auch die Auseinandersetzung darüber, was das heißt. Wenn Plastikfolien zu Schutzwesten, Regenschirme und Sonnenbrillen zu verbotenen Vermummungsgegenständen werden, dann haben wir es mit einem ausufernden staatlichen Gewaltbegriff zu tun. Dagegen steht die Erfahrung, dass Versammlungen, die tatsächlich als staatsfreie und polizeifeste Begegnungen und Meinungskundgaben stattfinden können, meist völlig friedlich verlaufen. Das Konzept der Deeskalation, wie es von der Polizei in den 1980er und 1990er Jahren entwickelt wurde, zeigte, wie sehr das zurückhaltende und versammlungsfreundliche Agieren der Polizei zur erheblichen Verminderung von Konflikten zwischen Polizei und Demonstrierenden beitragen konnte. Störungen des alltäglichen Ablaufs gehören dagegen zum Grundrecht dazu, wie auch das deutliche Sichtbarmachen des Protestes an den Orten und zu den Zeiten, zu denen der Protest auch wahrgenommen wird.

Je eingreifender, je martialischer die Eingriffe in das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit erfolgen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass es auch zu Sachbeschädigungen oder gar Handlungen

kommt, die die Unversehrtheit anderer Menschen beeinträchtigen. In diesem Kontext lohnt es sich, einen Text vom Beginn der 1980er Jahre von Wolf-Dieter Narr: „Demonstranten, Politiker (Polizei) und Journalisten – Zehn Thesen zur Gewalt“ neu zu lesen. So leidenschaftlich wie Wolf-Dieter Narr Gewalt ablehnt, so selbstverständlich sucht er auch die aggressiven Aktionen und Reaktionen auf Seiten der Demonstrierenden zu verstehen, sie nachzuvollziehen und sie im Kontext der staatlichen Gewalt und der eigenen Machtlosigkeit zu analysieren. Solidarität mit allen Demonstrierenden, auch denen die sich anders verhalten als die Mehrheit erwartet, fordert er radikal ein. Inzwischen haben die vielen Erfahrungen, breite Bündnisse für Großdemonstrationen zu schmieden, die Schwierigkeiten, sich nicht spalten zu lassen, offensichtlich werden lassen. Aber der Spaltpilz ist herrschaftlich gewollt und Solidarität bleibt die selbstverständliche Aufgabe. (Eine Sammlung früher veröffentlichter und nur verstreut und schlecht zugänglicher Texte von Wolf-Dieter Narr erscheint im Herbst 2017 im Verlag *Westfälisches Dampfboot: Radikale Kritik und emanzipatorische Praxis.*)

Unser Bericht zeigt deutlich, dass in Hamburg staatlicherseits von vorneherein an der Eskalationsschraube gedreht wurde. Ein Ausnahmezustand wurde produziert, der die Grundrechte der Bürger*innen räumlich und zeitlich begrenzt außer Kraft setzte.

2. Vorgeschichte

(1) Es begann mit der Ernennung des Leitenden Polizeidirektors Hartmut Dudde zum Leiter des Vorbereitungsstabes und zum Polizeiführer der Einsätze rund um die Gipfeltreffen. Schon im Sommer 2016 hatte der Innensenat der Stadt Hamburg begonnen, sich auf den OSZE-Gipfel Anfang Dezember 2016 und den G20-Gipfel Anfang Juli 2017 vorzubereiten.

Mit der Ernennung hatte der rot-grüne Senat von vorneherein eine Entscheidung gegen das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit getroffen.

Hartmut Dudde, der unter dem Rechtspopulisten und früheren Innenminister Ronald Schill Karriere gemacht hat, hat während seiner Zeit in der Gesamteinsatzleitung der Bereitschaftspolizei mehrfach Rechtsbrüche begangen. Rechtswidrige Einkesselungen von Sammlungsteilnehmer*innen (so z.B. der Kessel in Harlingen beim Castortransport 2010), Verbot von Transparenten aufgrund der Länge, Ingewahrsamnahmen, Auflösung von Versammlungen – immer wieder mussten Gerichte feststellen, dass die Polizei Hamburg unter Leitung von Hartmut Dudde gegen das Versammlungsrecht und die Grundrechte der Bürger*innen verstoßen hat. Siehe hierzu zusammenfassend eine kleine Anfrage: <https://kleineanfragen.de/hamburg/21/62-eskalationen-und-rechtsverstoesse-unter-einsatzleitung-von-hartmut-dudde>

Hartmut Dudde steht gerade nicht für Deeskalation und den Schutz des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit, sondern für die mittlerweile sprichwörtlich gewordene „Hamburger Linie“ des harten Durchgreifens. Die behelmteten Hundertschaften versteht er als „Gefahrgemeinschaft“, die ihre eigene Ordnung mit den polizeilichen Gewaltmitteln durchsetzt.

Mit dieser Personalentscheidung waren die Weichen für harte und eskalierende Auseinandersetzungen

rund um die Gipfel gestellt. Weitere Zeichen wurden bereits mit der technischen Aufrüstung der Polizei, dem Ausbau des ehemaligen Frauengefängnis Hahnöfersand zur Untersuchungshaftanstalt und dem Bau der Gefangenenammelstelle gesetzt. <http://www.grundrechtekomitee.de/node/824>

(2) Früh begann die dauernde Warnung vor den Gewaltbereiten, die nach Hamburg kommen würden, ohne konkrete Hinweise oder Belege. Sofort wurde dies mit der Demonstration in Zusammenhang gebracht, die aus dem Umfeld der Roten Flora angemeldet wurde. Gewarnt wurde vor den 2.000, dann 8.000, dann 10.000 „Autonomen“, dem „schwarzen Block“, die Hamburg unsicher machen würden. Dies sollte die immense Aufrüstung rechtfertigen, von der Teilnahme an Protesten abschrecken und der Polizei freie Hand lassen.

(3) Schon seit April 2017 kursierten Informationen über eine so genannte „Blaue Zone“ in der Hamburger Innenstadt, in denen Versammlungen pauschal verboten sein würden. Dies wurde aber von Seiten der Politik immer wieder dementiert, da zugleich die Idee eines „Festivals der Demokratie“ werbend hochgehalten wurde. Vor Beginn der Proteste erließ die Stadt Hamburg dann jedoch eine Allgemeinverfügung, die einen großen Teil der Innenstadt Hamburgs (38 Quadratkilometer) zu einer Zone erklärte, in der das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit während des G20-Gipfels außer Kraft gesetzt wurde. Zu diesem von SPD und Grünen verkündeten faktischen Ausnahmezustand gehört es, dass der Polizei die Definitionshoheit darüber überlassen wurde, wer Bürgerrechte genießt. Das Komitee für Grundrechte und Demokratie kritisierte diese Allgemeinverfügung in einer ausführlichen Stellungnahme.

Zur Begründung dieses Versammlungsverbots mussten verdrehende Erzählungen über vergangene Proteste und falsche Behauptungen über potentiell gewaltbereite Teilnehmer*innen als Gefahrenprognose herhalten. Skandalös war, dass die Lüge über die Zahl der verletzten Polizist*innen beim Protest gegen den G8-Gipfel in Rostock erneut aufgetischt wurde.

Das Grundrechtekomitee kam zu dem Schluss: „Wer jeden Protest kriminalisiert, trägt letztlich zur Eskalation bei. Denn ‚das Recht, sich ungehindert und ohne besondere Erlaubnis mit anderen zu versammeln, galt seit jeher als Zeichen der Freiheit, Unabhängigkeit und Mündigkeit des selbstbewussten Bürgers‘ – wie es die Verfassungsrichter im Brokdorf-Beschluss formulierten.“ Zur Auseinandersetzung mit der Allgemeinverfügung siehe: <http://www.grundrechtekomitee.de/node/865>

3. Schlafen verboten!

Die Polizei hatte von vornherein immer wiederholt, dass Camps nicht stattfinden dürften. Polizei und Politik warnten vor Camps als Hort „gewaltbereiter Aktivist*innen. Versuche, Camps anzumelden, wurden mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt. Nachdem das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) entschieden hatte, dass über die Rechtmäßigkeit von Camps unter den Gesichtspunkten des Versammlungsrechts zu entscheiden sei, versuchte die Versammlungsbehörde, allenfalls Versammlungen zuzulassen. Übernachtungs- und Verpflegungszelte sollten in jedem Fall verboten bleiben.

Entenwerder

Da aber in einem Rechtsstaat auch die Gerichte angerufen werden können, entschied das Verwaltungsgericht Hamburg in der Nacht vom 1. auf den 2. Juli, dass das Camp auf Entenwerder als Camp mit Schlaf- und Küchenzelten stattfinden könne. Entenwerder war von den Anmeldern des Camps im Stadtpark als Ausweichfläche angeboten worden. Als „Putsch der Polizei“ wurde bezeichnet, dass diese am Sonntag, den 2. Juli, den Zugang zu diesem Camp abspernte und sich somit über die rechtskräftige Gerichtsentscheidung hinwegsetzte. Sie legte zunächst auch keine Rechtsmittel ein, sondern exekutierte einfach ihren Willen. Letztlich erließ sie eine neue Anordnung, mit der sie erneut das Camp mit Schlaf- und Versorgungszelten verbot. Leider hatte sie mit diesem Versuch, so lange neue Verfügungen zu erlassen, bis es sich im zeitlichen Ablauf erübrigt hat oder das Gericht endlich der Polizei Recht gibt, Erfolg. Das VG Hamburg wies die Rechtsmittel gegen die neue Verfügung am 3. Juli 2017 mittags zurück. Allerdings spielte diesmal das OVG nicht einfach mit. Es genehmigte am 5. Juli 2017 zunächst 300 Zelte für das Camp Entenwerder, das allerdings über keine Organisationsstruktur mehr verfügte.

Am Sonntag, 2. Juli 2017, müssen die ca. 100 Leute, die zelten wollen, zunächst einmal feststellen, dass ihnen der Zugang zum Camp von der Polizei verstellt wird. Sie melden eine Dauerkundgebung auf der Straße an. Kurz danach geht die Polizei schon sehr aggressiv gegen Leute vor, die nur an einem Polizeiauto stehen, das dann herausgefahren werden soll. Die Teilnehmer*innen der Dauerkundgebung gehen mit den Zumutungen der Polizei im Verlauf des Tages sehr gelassen um. Sie bauen kleinere und größere Zelte am Straßenrand und auf der Wiese auf, wie auch Tische und Bänke. Der LKW mit Essen wird zunächst nicht durchgelassen, dann wiederum nur ein kleines Stück. Letztlich kann zumindest ein Teil der Nahrung entladen werden.

Um 18:00 Uhr beginnt ein Plenum, auf dem das weitere Vorgehen beraten wird. Kurz nach 20:00 Uhr zieht die Polizei sich plötzlich und ohne Begründung vom Eingang zum Campplatz zurück. Die Menschen strömen strahlend auf den Platz und nehmen ihn in Besitz. Wir erfahren aber auch, dass die Polizei immer noch, entgegen dem Urteil des VG, das Schlafen auf dem Platz verbietet.

Nachts stürmt die Polizei auf den Campplatz und beschlagnahmt unter Einsatz von Pfefferspray und unter Anwendung von Gewalt die aufgebauten Schlafzelte. Ein Journalist wird in diesem Kontext verletzt. Wir hören am nächsten Tag, dass eine Person im Krankenhaus ist und mehrere verletzt sind.

Volkspark Altona

Auch im **Volkspark Altona** ist das Schlafen im Camp verboten. Seit Samstag kann dort eine Gruppe auf der Wiese 20 Funktionszelte aufbauen. Immer wieder werden Personen, die zum Platz kommen, kontrolliert, will die Polizei Zelte beschlagnahmen. Manchmal sollen auch schon Zahnbürsten beschlagnahmt werden. Der Anmelder und andere Aktive können meistens erfolgreich dagegen Widerspruch einlegen.

Für Dienstag, 4. Juli 2017, hat der Fernsehkoch Ole Plogstedt mit Attac eine Versammlung gegen das Schlafverbot in Hamburg angemeldet. Auch für diese Versammlung zum Show-Schlafen werden

nur zwei Zelte genehmigt. Obwohl zunächst mehr Zelte aufgebaut werden und auch nachdem der Versammlungsleiter die Versammlung beendet hat, greift die Polizei angesichts der anwesenden Medien nicht ein. Das VG, dem die Beschwerde gegen die Auflagen der Versammlungsbehörde vorlag, entschied, dass mehr Zelte zugelassen werden müssten. Die Versammlungsbehörde wollte nun 10 Zelte zulassen. Dagegen wurde wiederum Beschwerde eingelegt. Da die frischen Lebensmittel zu verderben drohten, wollten Campbewohner*innen diese aus dem LKW ausladen. Das führte erneut zu Konflikten mit der Polizei. Abends übernahm dann eine Hamburger Polizeieinheit die Einsatzleitung vor Ort und entschied, sich „campfreundlicher“ – also versammlungsfreundlicher - zu verhalten.

Der Sonderzug aus Basel kommt Mittwochmorgen im Hauptbahnhof Hamburg an. Die Bundespolizei hatte vor der Abfahrt den Organisator gebeten, zur Erleichterung der Grenzkontrollen bei der Einreise von Basel-Bad die Daten der Zugreisenden anzugeben. Dies hatte er nicht getan.

Der Zug hatte aufgrund vielfältiger Kontrollen an der Grenze und im Bundesgebiet ca. zwei Stunden Verspätung. In Hamburg wurde der Bahnsteig polizeilich abgesperrt, damit alle einzeln kontrolliert werden könnten. Davon wurde dann doch abgesehen. Alle Teilnehmer konnten gemeinsam zum Camp im Altonaer Volkspark fahren. Damit ist auch klar, dass sie dort nun endlich auch zelten und schlafen können.

Überall entstehen Unterkünfte

Das Vorgehen der Polizei, diese radikale Ablehnung jeder Möglichkeit, gemeinsam zu zelten, und zugleich das rechtswidrige, zumindest sehr eigenwillige Vorgehen, wenn die Gerichte nicht dem Willen der Polizei folgten, hat viel Unverständnis in der Bevölkerung hervorgerufen. So hatten auf einer Pressekonferenz am Dienstag auch diverse Vertreter*innen der Hamburger Zivilgesellschaft Stellung zu einem „Recht auf Unterkunft“ genommen. Hamburger*innen wurden vermehrt dazu aufgefordert, private Unterkünfte zur Verfügung zu stellen. Immer mehr Organisationen begannen damit, den Ankommenden Übernachtungsmöglichkeiten zu gewähren. An manchen Kirchen waren kleine Zeltlager entstanden. Das Schauspielhaus hatte dem Druck auf Schlafplätze nachgegeben und hierzu Räume zur Verfügung gestellt. Einen Tag später öffnetete auch der FC St. Pauli die Tore für Schlafgelegenheiten.

4. Angriff auf Menschen, die „cornern“ (Dienstag, 4. Juli 2017)

Für Dienstagabend gab es einen Aufruf, sich noch einmal die Stadt und die Straßen zu nehmen, die den Bürgern gehören und weder der Polizei noch der offiziellen Politik. Zugleich beherrschte die Diskussion um die Verhinderung von Schlafzelten die politische Diskussion. Also lag es nahe, auch Zelte mehr oder weniger symbolisch aufzubauen.

An diesem Dienstag aber steht im Vordergrund, sich an allen Ecken im Schanzenviertel zu treffen, zu plaudern, gemeinsam etwas zu trinken. Im Emil-Wendt-Park, westlich der Scheplerstraße, finden sich viele Menschen ein. In der Mitte der Wiese sind 12 einfache Schlafzelte aufgebaut. Auf dem Boden

liegt ein großes Transparent: „Du sollst nicht begehren Deines Nächsten Zelt, Dudde...“. Leute hören Musik, eine Fahrradküche versorgt sie. Dann wird Polizei zusammengezogen. Um 20:50 Uhr erfolgt die erste Durchsage der Polizei: Entfernen Sie unverzüglich die Zelte, das Verhalten ist rechtswidrig, Zelten in Grünanlagen nur mit Erlaubnis des Bezirksamtes.

Um 21:00 Uhr erfolgt die dritte Durchsage, dass notfalls mit Gewalt eingegriffen werde. Die Personalien würden aufgenommen. Die Polizisten setzen die Helme auf und nach einer Minute wieder ab. Die Polizei marschiert in Kette auf den Platz und vertreibt ziemlich rüpelhaft schubsend die Leute von der Wiese Richtung Thadenstraße. Ein Polizist wird von einem Kollegen aufgefordert, das Rüpeln nicht zu übertreiben. Die Zelte werden entfernt, die Menschen können danach wieder in den Park, da sich die Polizei zurückzieht.

An diesem Abend stehen tatsächlich überall im Schanzenviertel Menschen zusammen. Im Laufe des Abends fängt die Polizei an, an den großen Straßen und Ecken die Leute abzudrängen. Schnell werden Wasserwerfer gegen die Feiernden eingesetzt. Während Demobeobachter*innen nach 23:00 Uhr ungehindert die Stresemannstraße Richtung Neuer Pferdemarkt gehen konnten, wurden sie an dieser Ecke (Beim Grünen Jäger) ruppig hinter eine Polizeiabsperrung gedrängt. Vorher waren hier Wasserwerfer eingesetzt worden. Was das Ziel des Einsatzes ist, wohin sich die Leute gegebenenfalls weg bewegen sollen, wird nicht gesagt. Gegen 23:40 Uhr beobachten wir bayerische USK-Einheiten, die sich fast lautlos mitten in der Menschenansammlung als Schildkröte und mit mehreren Gruppen koordiniert bewegen und dann einzelne Menschen herausgreifen. Nach 0:00 Uhr werden die zuvor auch eingesetzten Pferde Richtung St. Pauli abgezogen. In den engen Straßen des Schanzenviertels stehen noch immer viele Menschen und dürfen dort ohne polizeiliche Eingriffe weiter feiern.

5. Angriff auf die „Welcome to hell“-Demo (Donnerstag, 6. Juli 2017)

Diese Demo war frühzeitig angemeldet worden. Bis zum Schluss erhielt der Anmelder keine Auflagen, sondern die Demoanmeldung wurde einfach von der Versammlungsbehörde bestätigt. Dies könnte ein Zeichen dafür sein, dass das Versammlungsrecht gilt. In diesem Fall aber machte es viele Beobachter*innen sehr skeptisch und ließ Schlimmstes befürchten. Diese Demonstration war aus dem Umfeld der Roten Flora angemeldet worden. Schon lange vorher hatten Politik und Polizei vor der Gewaltbereitschaft dieser Teilnehmer*innen gewarnt. So wurde vermutet, dass das versammlungsbehördliche Vorgehen bedeuten könne, dass die Polizei die Planung verfolge, die Versammlung sofort zu stoppen und damit gänzlich zu verhindern.

Um 16:00 Uhr beginnt die Auftaktkundgebung auf dem Fischmarkt. Die Stimmung ist gelassen, viele Menschen sitzen im Schatten, da es in der Sonne heiß ist. Es ist eher die Atmosphäre eines Volksfestes mit Eis essen, Musik auf der Bühne und Tanzen. Die Polizei ist in den umliegenden Straßen präsent und steht mit einigen Hundertschaften auch an den Eingängen zum Kundgebungsplatz. Es gibt keine Zugangskontrollen.

Gegen 18:15 Uhr wird ein riesiger „schwarzer Block“ (Quader) mit Helium aufgeblasen. Die vorherige

Ankündigung des Demoanmelders, es gäbe den größten schwarzen Block bei dieser Demo, stellt sich so als humorvolle Werbung heraus. Immer mehr Menschen beginnen sich in Richtung der Demostrecke zu bewegen. Auch schwarz gekleidete Personen, die teilweise Kapuzen und Sonnenbrillen aufhaben, manche auch mit Tuch vor Mund und Nase, begeben sich an die Spitze der Demonstration. Sie rollen Transparente aus. Unweit davon hat sich bereits frühzeitig die Polizei postiert mit Hundertschaften und Wasserwerfern – die Botschaft ist klar: Hier kommt keine Demo durch!

Kurz vor 19:00 Uhr will die Demonstration starten, wird aber nach wenigen Metern von einer Mauer aus Polizeibeamt*innen gestoppt. Die Polizeibeamt*innen haben durchsichtige Plastikschilder und sind von Anfang an behelmt und trotz der hohen Temperaturen tragen sie Sturmhauben unter den Helmen, die manche hochgezogen haben, sodass man nur noch die Augen sehen kann. Die Visiere sind unten. Dies kann man als Hinweise auf die Erwartung der Eskalation lesen. Hinter der Polizei kommen Wasserwerfer angefahren. Rechts von dem vorderen Teil der Demo ist die Flutmauer, hinter der das Elbufer beginnt. Viele Menschen stehen auch dort, ob sie Teilnehmer*innen der Demo oder Zuschauer*innen sind, bleibt eher unklar. Links von der Demo führen Treppen hoch in das Viertel, davor liegen Terrassen hoch über der Straße, auf denen ebenfalls das Geschehen beobachtet wird. Vor der Demo führt eine Brücke über die Straße, die voller Zuschauer*innen ist.

Die Polizei fordert, die Vermummung abzulegen. Dem folgen viele, aber was alles unter Vermummung zu verstehen ist, bleibt unklar. Auch die Polizei berichtet, dass es um einen Block von ca. 1.000 Personen innerhalb einer Versammlung von ca. 12.000 Personen ging. Aber auch diese 1.000 Personen waren nicht alle vermummt. Die Lautsprecherdurchsagen der Polizei, die vom Wasserwerfer aus getätigt werden, sind kaum zu verstehen. Jedenfalls wird sofort auch gefordert, dass sich die „Unbeteiligten“ entfernen sollen. Wer als „unbeteiligt“ zu Beginn einer Demonstration gilt, bleibt unklar. Die Größe der Demo macht deutlich, dass viele Menschen seit den vielen Eskalationen seitens der Polizei deutlich machen wollen, dass auch diese Demo, die aus dem Umfeld der Roten Flora angemeldet wurde, das Recht hat stattzufinden. Es sind nicht „die Autonomen“, die das Bild dieser Demo dominieren. Unnötig zu erwähnen, dass auch diese Demo von Anfang an flächendeckend von der Polizei mit Kameras überwacht wird.

Gegen 19:50 Uhr greift die Polizei die bis dahin friedliche Demonstration an. Ein Angriff mit Ankündigung: Ohne ersichtlichen Anlass ziehen Doppelreihen behelmt und bewaffneter Polizisten (vor allem BFE-Trupps) neben der Demo gegenüber der Mauer auf. Mit Schlagstöcken, Pfefferspray und Wasserwerfern schlägt die Polizei zu und erzeugt Chaos. Von drei Seiten wird der „Schwarze Block“ angegriffen. Dabei werden Tränengaspatronen in den Block geworfen. Die Menschen im Block werden an die über zwei Meter hohe Flutmauer gedrängt und haben keinen Ausweg. Von Leuten auf dem oberen Fußweg werden manche hochgezogen. Die Polizei setzt die Wasserwerfer auch gegen die in der Luft Hängenden und ihre Helfer ein. Vorher erfolgt eine unmissverständliche Durchsage: „Die Journalisten sollen sich entfernen!“ Ob sie wollen oder nicht: Zeit gelassen wird ihnen nicht – der Wasserwferereinsatz erfolgt rücksichtslos. Es geht offensichtlich nicht darum, Straftaten polizeilich zu verfolgen, sondern darum, Leute schlicht zu vertreiben, zu eskalieren und Chaos zu erzeugen. In dem

Gemenge aus Demonstrierenden, Schaulustigen, Tourist*innen, Beobachter*innen und Journalist*innen schrien einige vor Entsetzen, andere vor Schmerzen.

Die Demo wird geteilt, die Menschen wissen aber nicht, wohin sie sich in Sicherheit bringen können. Die Wasserwerfer werden sowohl gegen den Demonstrationzug eingesetzt, als auch gegen die Menschen, die rechts und links auf den Mauern und Terrassen stehen und auch gegen die auf der Brücke. Gegen den hinteren Teil des Demonstrationzuges – es bleibt unklar, was diesem Teil vorgeworfen wird – wird ein Wasserwerfer von hinten eingesetzt.

Solange die Demonstration nur gestoppt war, gab es keine Angriffe gegen die Polizei. Die Aufforderung der Polizei, die Vermummung abzulegen, wurde über den Lausprecherwagen der Demonstrierenden weitergegeben. Viele folgten dieser Aufforderung. Seit dem Angriff werden aber aus vielen Richtungen Flaschen geworfen – scheinbar mehr noch von den Seiten, als aus dem „schwarzen Block“. Vereinzelt wird auch beobachtet, dass Leute abgeführt werden. Der Gesamteinsatz vermittelt den Eindruck, dass es nicht um Festnahmen geht, sondern darum, die Leute zu schlagen und auseinanderzutreiben. Allerdings gibt es keine aufgezeigten Fluchtwege, ganz im Gegenteil: der ganze Bereich wurde zur Falle!

Menschen fliehen in diverse Richtungen, Polizeieinheiten stürmen immer wieder hinterher, schlagen unvermittelt zu, sperren ab, lassen wieder durch. Wir beobachten auch, dass auf eine der rosa gekleideten Trommlerinnen eingeschlagen wird. Davon wird nach einem Aufschrei anderer Menschen abgesehen. Überall werden Menschen von den Demosanitäter*innen versorgt oder auch auf Bahren evakuiert. Es herrschen Entsetzen, Empörung, aber auch Angst und Hilflosigkeit.

6. Angriff auf die Ersatzdemo, als sie sich selbst auflösen will

Gegen 20:45 Uhr versuchen einige Leute an der Ecke Reeperbahn/Pepermölenbek, eine Spontandemo „Friedlich gegen Hamburger Polizeigewalt“ zu organisieren (ca. 1.000 Personen).

Nach der Auflösung der „Welcome to hell“-Demo wird auch im Bereich der Hafenstraße versucht, eine Spontandemonstration anzumelden, die sich um 20:57 Uhr in Bewegung setzt. Mehrere hundert Personen beteiligen sich und wollen den von der Polizei bestätigten Weg der „Welcome to hell“-Demo gehen. Immer wieder kommt es entlang der Strecke zu Blockaden durch die Polizei, die Wasserwerfer dabei hat. Immer wieder wird erreicht, dass die Demo weitergehen kann. An einer Stelle beobachten wir, wie zwei einzelne vermummte Gestalten getrennt aber gleichzeitig von hinten nach vorne laufen, jeweils eine Flasche in Richtung Polizeikette werfen und sich wieder nach hinten verziehen – und das zu einem Zeitpunkt, als eigentlich alles ruhig ist: Der Eindruck einer gezielten Provokation (die allerdings nicht verdingt) drängt sich auf. Gegen 21:50 Uhr geht es jedenfalls weiter Richtung Reeperbahn. Dort werden die beiden Demoteile zusammengeführt. Jetzt sind es wieder einige tausend und die Demo findet letztlich fast genauso statt, wie sie um 19:00 Uhr geplant war – was war dann das Ziel dieses Einsatzkonzeptes? In diesem Kontext beobachten wir aber auch, wie ein Polizist einem alten Mann mit einem Fahrrad unvermittelt ins Gesicht schlägt.

Dann geht es über die Max-Brauer-Allee. Während der vordere Teil der Demo gegen 23:20 Uhr auf

der Altonaer Straße die Weidenallee/Schanzenstraße erreicht, fahren gleichzeitig weiter hinten von der Straße „Bei der Johanniskirche“ fünf Polizei-Wannen mit Sirenen von rechts langsam in die Demo hinein. Es folgt ein Wasserwerfereinsatz von vorne auf diesen Teil der Demonstration. Die Leute laufen in alle Richtungen und versuchen, sich in Sicherheit zu bringen. In dieser Situation fliegen auch Flaschen auf den Wasserwerfer. Einige fliehen auf den Parkplatz eines Autohofs. Dort werden sie von einem Trupp von ca. 15 Polizist*innen gegen das Gebäude zurückgedrängt, ohne dass es dort einen Ausweg gegeben hätte. (vgl. auch: <http://www.taz.de/!5428050/>)

Der vordere Teil der Demo, der von diesem Angriff nicht betroffen war, geht gegen 23:30 Uhr die Straße wieder zurück, auf der nun viele Gegenstände herumliegen. Gegen 23:35 Uhr erreichen sie auf der Altonaer Straße die Ecke Schulterblatt, der geschilderte Angriff liegt noch weiter zurück. Hier sind einige Wasserwerfer auf dem Schulterblatt stationiert, die in Richtung Demo zielen. Aus dem Lautsprecherwagen der Demonstrierenden versucht eine Frau, die in all dem Stress noch immer nicht ihren Humor und ihre Bedachtsamkeit verloren hatte, zunächst auf das Recht zu pochen, die Demonstration fortzusetzen. Schnell aber schwenkt sie um und meint um 0:00 Uhr, es sollten jetzt alle nach Hause gehen und Zähne putzen. Am nächsten Morgen würden sich ja alle wieder früh an den Protesten beteiligen wollen. In dem Moment, in dem es scheint, als würde sie tatsächlich dafür sorgen, dass die Leute gehen, greift der Wasserwerfer den Lautsprecherwagen und die restliche Demo an (0:05 Uhr). Polizeitrupps laufen in die Demo. Es fliegen Gegenstände und Böller.

Zwei Beobachter, die sich auch mit Presseausweis ausweisen, werden in dieser Situation von einem Beamten der vorbeiziehenden Truppe mit Pfeffer besprüht. Allerdings haben sie Glück und die Augen sind nicht direkt betroffen.

Beobachtet wird auch, dass ein Zug der USK aus Bayern gegen 23:15 Uhr ohne erkennbaren Grund auf eine Gruppe zu stürmt, die vor dem Restaurant Pizza Pizza, links neben der Flora, sitzt. Tische und Stühle werden umgeworfen und die dort sitzenden Menschen „weggedrängt“.

7. Der Tag des Zivilen Ungehorsams (Freitag, 7. Juli 2017)

Aktion „Colour the red Zone“ von BlockG20

Leider haben wir an diesem Morgen die Gruppen, die aus dem Camp in Altona gestartet sind, nicht von dort begleitet. Wir hatten die Information, dass diese sich zu den veröffentlichten Treffpunkten begeben würden. Manche dieser Gruppen sind jedoch weit außerhalb der Verbotszone von der Polizei schwer angegriffen worden (vor allem auf der Straße Rondenbarg; siehe Punkt (4)). Wir beschreiben hier sowohl die von uns beobachteten Situationen, nehmen aber auch Schilderungen und Informationen auf (in den Punkten (4) bis (6)), die wir erhalten oder recherchiert haben. Es bleibt nicht nachzuvollziehen, warum Gruppen weit außerhalb der Demonstrationsverbotszone heftig von der Polizei attackiert wurden. Es gab sowohl mehrere Schwerverletzte als auch mehrere Festnahmen.

Innenstadt

(1) Um 7:00 Uhr treffen sich Demonstrierende am S-Bahnhof **Berliner Tor**. Wenige Minuten später zieht eine Demo los und geht in Richtung Außenalster. Eine rot gekleidete Gruppe stößt hinzu. Um 7:15 Uhr stellt sich die Polizei den Demonstrant*innen in den Weg. Bei dem Versuch in eine Seitenstraße auszuweichen, setzen die aus dieser Richtung hinzukommenden Polizeibeamt*innen sofort Pfefferspray ein. An der Ecke Ackermannstr. /Sechslingpforte wird dieser Teil der Demonstration umstellt. Um 7:25 Uhr werden die Versammelten aufgefordert, die Straße freizugeben (ohne Richtungsanweisung). Letztlich wird der Gehweg für den Rückweg von der Polizei frei gemacht, auf dem sich dann alle in Kleingruppen zurückziehen.

Um 7:50 Uhr versuchen Kleingruppen wiederum in Richtung Alster zu kommen. Diesen Gruppen begegnet die Polizei sofort sehr ruppig. Eine Gruppe von ca. 50-100 Personen setzt sich gegen 8:04 Uhr auf die Straße. Diese Gruppe wird gegen 8:50 Uhr nach polizeilicher Auflösung der Versammlung und Räumungsaufforderung weggedrängt.

(2) An der Schwanenwikbrücke / Ecke Hartwicusstraße sitzt eine andere Gruppe schon länger auf der Straße und blockiert die Protokollstrecke kurz vor dem Hotel, in dem Trump untergebracht ist. Die Stimmung ist friedlich. Die Polizei steht drumherum, greift aber nicht ein. Als die Polizei aus der Demo heraus aufgefordert wird, die Helme abzusetzen, tun das viele. Die Atmosphäre ist entspannt, aber zugleich ist auch klar, dass die Protokollstrecke geräumt werden soll. Die Demonstrierenden wollen bis 10:15 Uhr bleiben. Sie kündigen an, sich vorher anderenfalls räumen zu lassen, und gehen eher von Wegtragen bei einer friedlichen Sitzblockade aus. Um 9:15 Uhr fährt allerdings der Wasserwerfer vor, der dann gegen die Gruppe eingesetzt wird. Regenjacken, Regenschirme und Folien halten das Wasser ein wenig ab. Mit Unterbrechung wird der Wasserwerfer immer wieder eingesetzt, ohne dass die Demonstrierenden sich weg bewegen.

Um 9:30 Uhr beginnt die Polizei, die Blockierer wegzutragen/wegzuschleifen, wobei teilweise Schmerzgriffe angewendet werden. Teilweise erfolgt das Wegtragen ohne Probleme, teilweise aber auch unnötig rabiät. In der Hartwicusstraße, in die geräumt wird, werden einige Teilnehmer*innen von Sanis behandelt. Um 9:40 Uhr ist die Räumung beendet. Greiftrupps stürmen nun noch einmal in die Gruppe der Demonstrierenden und nehmen die beiden Menschen mit, die in der Blockade über Megafon informiert haben. Sie werden kurz danach wieder frei gelassen, die Personalien sind festgestellt und die Batterien des Megafons beschlagnahmt worden.

Zunächst lässt die Polizei keinen, auch keine Journalist*innen, aus der Straße abziehen. Um 10:33 Uhr verkündet die Polizei einen Platzverweis für alle und droht eine Ingewahrsamnahme an, falls die Protokollstrecke wieder betreten werde. Personalien waren allerdings nicht aufgenommen worden. Am Ende der Durchsage heißt es: „Leute, geht einfach.“ Ab 10:50 Uhr beginnt eine neue Demonstration in Richtung Deichtorplatz, wo die Jugenddemo unter dem Motto Bildungstreik losgehen soll. Dort kommt die Demonstration gegen 11:30 Uhr an.

(3) Um 9:25 Uhr wird ein Teil des **lila Fingers in der Bergstraße** in Höhe des Europa-Passagen-

Seitenausgangs von der Polizei eingekesselt (in der Nähe der Binnenalster). Gegen 10:00 Uhr fordert die Polizei die Demonstrierenden auf, sich in Kleingruppen zu entfernen. Kurz darauf löst die Polizei die Versammlung auf und kündigt Maßnahmen des unmittelbaren Zwangs an. Nachdem sie sich auf die Mönckebergstraße etwas zurückgezogen haben, werden sie dort jedoch polizeilich eingekesselt. Ihnen wird angekündigt, sie seien in Gewahrsam genommen und falls sie versuchen würden, die Polizeisperre zu durchbrechen, würde unmittelbare körperliche Gewalt angewendet. Nach Verhandlungen können die Demonstrierenden den Kessel jedoch in Kleingruppen an zwei Durchlassstellen verlassen. Kurz nach 11:00 Uhr ist der Kessel aufgelöst.

Außerhalb der Demoverbotszone

(4) **Eine Gruppe vom Altonaer Camp** – Bericht eines Betroffenen: „Um kurz nach 6 Uhr morgens wurde die Gruppe, mit der ich mich vom Protestcamp in Altona in Richtung Messehallen bewegte, von der Polizei mit mindestens zwei Wasserwerfern und mehreren Hundertschaften – darunter viele verummte Sondereinheiten der BFE (Beweissicherungs- und Festnahme Einheit) – angegriffen. Von uns ging keinerlei Eskalation aus. Die Polizei setzte uns in einer Seitenstraße in einem Industriegebiet fest, wo sie uns mit Knüppeln, Faustschlägen und Tritten attackierte. Viele Genossen konnten sich der Gewalt entziehen, indem sie über einen Zaun kletterten. Leider verletzten sich teilweise auch dort viele Genossen, als dieser Zaun unter dem Gewicht einbrach. Ich war auf der Straße mit mehreren Demonstranten überwältigt und festgesetzt worden.“ <https://perspektive-online.net/2017/07/sie-attackierten-uns-mit-knueppeln-faustschlaegen-und-tritten/> Dem Berichtenden selbst wurde das Schlüsselbein gebrochen, andere hatten ebenfalls Knochenbrüche. Viele von denjenigen, die auf den Zaun kletterten, sind dort in die Tiefe gestürzt und haben sich schwer verletzt. Sie berichteten, dass die Polizei selbst dafür gesorgt habe, dass der Zaun einstürzte.

Eine Gruppe der ver.di Jugend NRW-Süd war in diese Situation geraten. Sie schreiben nachher: „Fast der gesamte Jugendvorstand der ver.di Jugend NRW-Süd, mehrere weitere ver.di-KollegInnen und weitere Bonner MitstreiterInnen wurden beim G20-Gipfel Opfer von politischer Verfolgung, von tagelanger Freiheitsberaubung und massiver Aushebelung der demokratischen Grundrechte durch Polizei und Staatsanwaltschaft.“ Nils Jansen, Mitglied im Jugendvorstand der ver.di Jugend NRW-Süd meint: „Ein solches Ausmaß von Polizeigewalt habe ich noch nicht erlebt. Das war keine Festnahme, sondern ein regelrechter Überfall der Polizei auf unsere Demonstration.“ <http://ratsblatt.de/bonner-buendnis-fordert-freiheit-fuer-g20-aktivistinnen-und-erhebt-schwere-vorwuerfe-gegen-polizei-justiz-und-bundesregierung#more-7164>

Die Süddeutsche Zeitung berichtet am 4. August 2017 ausführlich auf Grundlage der Sichtung der polizeilichen Videos. Noch am 19. Juli 2017 hatte die Polizei im Hamburger Innenausschuss berichtet, am Rondenbarg wäre die Polizei sofort „aus einem geschlossenen schwarzen Block von 200 Personen“ unter massiven Bewurf mit Steinen, Flaschen und Pyrotechnik geraten. Die Videos belegen allerdings, dass dies nicht der Fall war. Drei Bengalos waren auf die Straße geflogen. <http://www.sueddeutsche.de/politik/g-gipfel-drei-bengalos-reichten-fuer-die-polizei-attacke-1.3616947>

Siehe auch den nachträglichen Kommentar des Grundrechtekomitees: <http://www.grundrechtekomitee.de/node/875>

(5) Aus dem Camp aufgebrochen ist auch ein **grüner Finger**, der von der Polizei schnell gestoppt wird. In anschließenden Verhandlungen kann eine spontane Versammlung angemeldet werden. Der Demonstrationszug kann unter Polizeibegleitung zur Emilienstraße ziehen. Ein anderer (grüner) Teil wird in der Schützenstraße in Altona von der Polizei gestoppt.

(6) Ein **blauer Finger** wird im Holstenkamp / Ecke Diebsteich von Einheiten aus Österreich (Cobra) gestoppt. Diese greifen ohne Versammlungsauflösung sofort mit Gewalt ein. Es gibt einen Schwerverletzten durch das spezielle Pfeffergasgemisch aus Österreich. Des Weiteren soll es mehrere Platzwunden gegeben haben. Der Großteil der Gruppe wird dann durch den Diebsteichtunnel geleitet.

(7) **Landungsbrücken:** Kurz nach 7:00 Uhr sind ca. 700 Menschen versammelt und ziehen Richtung Norden zum Bismarckdenkmal. Sie werden relativ schnell von der Polizei eingekesselt. Clowns nerven die Polizei mit ihren Witzen. Eine Festnahme erfolgt, deren Begründung unklar ist. Die Gruppe kann letztlich wieder abziehen.

(8) Blockade **Hafen Wilhelmsburg:**

Gegen 7:45 Uhr gehen mehrere Demonstrant*innen in orangenen Regencapes zügig vom **S-Bahnhof Veddel** in Richtung Museumshafen. Polizei in Kampfmontur und mit Helm zieht auf. Gegen 8:35 Uhr werden sie an der Ecke Worthdamm / Veddeler Damm von der Polizei gestoppt und beginnen die Blockade.

Gegen 8:45 Uhr kommt von jenseits der Gleise auf einer anderen Straße eine zweite Demogruppe, die sich mit der ersten vereint. Um 9:20 Uhr geht es weiter, so dass gegen 11:30 Uhr das Ziel der Demo, der Stübenplatz in Wilhelmsburg, erreicht wird. Zwischenzeitlich wurden einige LKWs durch die Demonstration blockiert.

Um 9:10 Uhr stoppt die Bundespolizei eine Demo, die von Wilhelmsburg gestartet war, an der Ellerholzbrücke / Veddeler Damm, die kurz darauf weiter zur Köhlbrandbrücke laufen kann. Um 9:55 Uhr ist die Zufahrt zur Köhlbrandbrücke blockiert und es findet eine Kundgebung statt.

(9) **Der schwarze „Finger“**

Zur selben Zeit, in der die vielen Finger unterwegs waren, um ihren Protest gegen den G20 auf die Straße zu tragen, gab es auch eine Gruppe von ca. 200 Personen, die schwarz verumumt gegen 7:30 Uhr über die Elbchaussee nach Altona zogen. Sie ängstigten Menschen in einem Bus, zündeten Barrikaden und Autos an und schlugen Fensterscheiben ein. Während an allen anderen Orten die demonstrierenden Gruppen auf Polizei trafen, manche Gruppen weit außerhalb der Verbotszone ohne eigenes aggressives Verhalten von der Polizei angegriffen und schwer verletzt wurden, griff hier die Polizei nicht ein. Die Polizei berichtet, sie hätte genau für diese Gruppe keine Kräfte mehr frei gehabt.

http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/ndr_aktuell/Busfahrer-arbeitsunfaehig-nach-G20-Krawallen,ndraktuell39100.html

Dieser „Finger“ hat eine völlig andere Atmosphäre verbreitet – Angst und Schrecken – als alle Gruppen, die wir begleitet haben, die politischen Protest mit gewaltfreien Mitteln und ohne Verletzungen von Personen zum Ausdruck bringen wollten. Dabei wollten die einen die Protokollstrecken der Gipfelteilnehmer blockieren und waren deshalb in der Verbotzone der Allgemeinverfügung. Andere wollten im Hafen die Logistik stören und damit ihren Protest gegen die Politik, für die G20 steht, außerhalb der Verbotzone zum Ausdruck bringen. Am stärksten von Polizeigewalt betroffen waren die Gruppen, die weit im Westen und außerhalb der Verbotzone unterwegs waren.

Nachmittägliche Protestwelle

Auf dem Millerntorplatz sammeln sich nach Abschluss der Jugenddemo um 15:00 Uhr wieder viele Demonstrierende. Der Weg nach Norden und Osten ist polizeilich stark gesichert, denn dort ginge es in die Verbotzone der Allgemeinverfügung. Die Wege in Richtung Elbe und Landungsbrücken sind kaum polizeilich gesichert. Gegen 15:40 Uhr setzen sich immer mehr Menschen in diese Richtung in Bewegung. Sie gehen durch die kleinen Straßen südlich der Reeperbahn und zu den Landungsbrücken. Ein Teil der Demonstrierenden zieht weiter gen Osten in Richtung Elbphilharmonie, die allerdings weit weg ist. Andere bleiben in der Umgebung der U-Bahnstation Landungsbrücken, auf den Treppen, die hoch zur Reeperbahn führen, und auch auf den Terrassen, dem Dach und der Brücke der U-Bahn. Einige Demonstrierende setzen sich vor die Wasserwerfer, die östlich der U-Bahnstation stehen. Gegen 16:30 Uhr erfolgt eine polizeiliche Durchsage, die darauf hinweist, dass dieser Bereich zur Versammlungsverbotzone gehört. Wer hier stehen bleibe, sei nicht mehr unbeteiligt und würde Adressat polizeilicher Maßnahmen. Daraufhin bauen einige Leute Barrikaden aus zwei Sperrgittern und einer Mülltonne. Die Polizei fordert per Durchsage auf, die Barrikaden zu entfernen. Als, laut polizeilicher Angabe, um 16:36 Uhr die 10. Aufforderung erfolgt ist, wird zwischen 16:37 Uhr und 16:40 Uhr ein erster „Warnstoß“ des Wasserwerfers abgegeben. Wassersalven werden auch auf Journalisten abgegeben.

Um 16:50 Uhr erfolgt eine erneute Aufforderung an die „Schaulustigen“, sich zu entfernen. Es wird Wasser auf die linke und rechte Seite der Straße, also insbesondere die Gehwege, abgeschossen. Auch die Medienvertreter werden aufgefordert, sich zu entfernen. Es fliegen zwei bis vier Flaschen, auch einige Steine in Richtung der Polizei. Die Demonstrierenden werden vermehrt von den Wasserwerfern beschossen, einige verstecken sich hinter den Mülltonnen und oberhalb auf dem Kai der Uferpromenade. Für viele der Flaschenwerfer scheint die Auseinandersetzung einen erkennbar spielerischen Aspekt zu haben.

Um kurz vor 17:00 Uhr bilden die Polizeieinheiten eine Kette und greifen auf einzelne Personen zu. Dabei drängen sie die Leute auf der Straße in Richtung der Kreuzung Hafenstr. / Helgoländer Allee. Jemand wirft einen Böller/Feuerwerkskörper o.ä. Brennendes auf eine der anrückenden Hundertschaften. Ein Polizist wird dabei verletzt, bricht zusammen und wird von zwei Beamten zum Gehweg transportiert. Er wird direkt unterhalb der Haltestelle von einem Sanitäter medizinisch versorgt.

Es rücken noch einige weitere Hundertschaften an, die sich in Richtung der Kreuzung bewegen. Einige

Polizisten räumen die Fußgängerbrücke, auf welcher zumeist, aber nicht nur Journalisten standen. Es wurden auch Dinge (nicht genau ersichtlich) von dort geworfen. Ebenfalls wird die Aussichtsplattform oberhalb der Bahnstation von der Polizei geräumt. Von dort waren Flaschen o.ä. geflogen. Allerdings war gegen diese Menschen ebenfalls der Wasserwerfer eingesetzt worden. Jemand lief auf dem schrägen Dach und wurde dadurch erheblich gefährdet. Auch gegen die Menschen, die weit westlich auf den Treppen und der Wiese gesessen hatten, die hoch zur Reeperbahn führen, wurde der Wasserwerfer ohne Vorwarnung eingesetzt. Hier entstand in den Fluchtbewegungen Panik, die leicht Menschen gefährden konnte.

Es lässt sich eine Besetzung des Raums durch die Polizei beobachten: Eine Hundertschaft steht in der Mitte der Kreuzung. An den Rändern stehen Polizeibusse, Wasserwerfer und diverse andere Polizisten. Immer wieder patrouillieren weitere Hundertschaften über die Kreuzung. Die Zufahrten sind von den diversen Fahrzeugen blockiert.

Eine Gruppe von Polizisten jagt darauf eine Gruppe Demonstranten den Berg „querfeldein“ zum Hotel Hafen Hamburg hinauf, lässt jedoch vor Erreichen der Straße von ihnen ab. Dies wiederholt sich noch zweimal. Der Wasserwerfer auf der Mitte der Kreuzung steht in Richtung Helgoländer Allee.

Die Menschenmenge ist weitgehend zerstreut. Es kommt aber auch zu Würfen von Flaschen und Steinen von der Brücke über die Helgoländer Allee auf die unten postierte Polizei. Ebenfalls wird in dieser Nähe ein Auto angezündet.

Aktion im Hafen

Gegen 15:15 Uhr fahren 13 Motorschlauchboote von Greenpeace mit hoher Geschwindigkeit im Hafen bis zur Absperrung, drehen ab und fahren wieder zurück bis zu den Docks von Blohm und Voss. Das wiederholt sich mehrmals. Kurz nach 15:30 Uhr kommt die angemeldete und bestätigte Schiffsdemonstration vom Fischmarkt mit einer Barkasse (Olga) und einem ehemaligen Polizeischiff (Gothmund). Sie führen Transparente und eine gute Lautsprecheranlage mit. Diese beiden Schiffe fahren im Lauf des Nachmittags immer wieder von der Absperrung bis zum Fischmarkt hin und her. Gegen 15:50 Uhr kommt die Beluga II von Greenpeace (ein Zweimastsegler) dazu, der von den Schlauchbooten umkreist wird. Die Beluga II hat eine riesige Pappfigur angedockt: Donald Trump als trotziges Baby, dessen vollgekackte Windel auf den Planeten überquillt. Der Küstenwachen-Katamaran „Borkum“ aus Cuxhaven überwacht den Hafen. Von den Greenpeace-Schlauchbooten sind zwei Personen offensichtlich über die Absperrung ins Wasser gesprungen, die Wasserpolizei sucht nach ihnen und versucht die Schlauchboote abzudrängen. Gegen 17:20 Uhr werden von der Warnow Wasserwerfer eingesetzt, um die Greenpeace-Schlauchboote von der Absperrung zu vertreiben. Es folgt ein Katz- und Mausspiel. Die Flotte von Greenpeace wird beschlagnahmt. Kurz nach 18:10 Uhr gesellt sich ein zweistöckiges Floß einer Gruppe aus Wilhelmsburg zu den anderen Schiffen. Gegen 19:45 Uhr wird die Aktion beendet.

8. Manchmal dürfen Demos einfach stattfinden – oder auch nicht so ganz

Protestwelle (Sonntag, 2. Juli 2017)

Die Organisator*innen der Protestwelle am Sonntag, 2. Juli 2017, wollen ihren Protest bewusst zeitlich vor dem Gipfel und in einer Konstellation zum Ausdruck bringen, in der keine Konflikte entstehen sollen.

Während der Abschlusskundgebung beginnen einige Menschen gegen 16:30 Uhr, kleine Zelte auf dem Rathausplatz aufzustellen. Einige legen sich mit Plakaten in Zelte: „Kein Bock auf 3 Tage wach“; „Camping is not a Crime“; „Auf die Plätze fertig camp“; „Gästehaus für Trump, für uns nicht mal ein Camp“. Insgesamt werden 20 Zelte aufgebaut. Sie wollen mit dieser Aktion gegen den Rechtsbruch gegenüber dem Entenwerder-Camp protestieren, das trotz Entscheidung des VG an diesem Tag verhindert wird.

Um 17:40 Uhr fordert die Polizei über Lautsprecherdurchsage zum Verlassen des Platzes auf, da die Kundgebung beendet sei. Es folgen im Takt von wenigen Minuten weitere Aufforderungen. Kurz danach drängen sie die Stehenden ab und räumen dann die Sitzenden. Das tun einige grob, andere weniger grob. Die Personalien der Abgeführten werden aufgenommen. Um 18:15 Uhr ist diese Aktion beendet.

Nachttanzdemo (Mittwoch, 5. Juli 2017)

Aus dem Netzwerk „Alles Allen“, die von Kulturschaffenden aus Hamburg und Berlin ausgeht, wurde für Mittwochabend zu einer Nachttanzdemo aufgerufen. Vorher hatte schon der „Women´s March“ eine Demonstration organisiert und kam gut gelaunt an den Landungsbrücken an, wo auch die Nachttanzdemo starten sollte.

Polizei ist hier kaum zu sehen. Allerdings berichten viele Demobeobachter*innen, dass an den Landungsbrücken Bundespolizei mit Maschinengewehr positioniert war. Diese sollte wohl die Bahngleise vor Terrorattacken schützen. Auch im Hauptbahnhof war solche Polizei zu beobachten. Allerdings wurde sie hier im Kontext der Versammlung wahrgenommen und als unangemessen empfunden.

Später kommen vor allem viele Polizeibeamt*innen, die mit Westen als Kontaktbeamt*innen gekennzeichnet sind. Auch sie machen den Eindruck, sehr gut gelaunt und entspannt zu sein. Einige berichten, dass sie sonst immer tun müssten, was der oberste Einsatzleiter Dudde sage. Sie seien in Hamburg nur Befehlsempfänger und hätten keine eigenen Ermessensspielräume. Sie scheinen auch zu erwarten, dass dies an diesem Abend anders ist.

Ab 19:23 Uhr werden immer mal wieder Feuerwerkskörper abgebrannt, gibt es bunten Rauch. Gegen 21:00 Uhr steht auf dem Dach der Flora eine Gruppe schwarzgekleideter und vermummter Personen. Es werden Raketen, Böller und sonstige Pyrotechnik (bunter Qualm) abgebrannt. Bei Ankunft der

Demo am Gänsemarkt (22:15 Uhr) stehen zunächst nur einige Polizeibeamte in Laufrichtung. Sie bremsen damit das Weitergehen etwas aus, lassen die Demonstrierenden aber auch in Richtung Innenstadt passieren. Dann wird der Abzug plötzlich gestoppt, eine Polizeikette aufgebaut. Dahinter stehen Wasserwerfer, mehr Polizeieinheiten laufen in diverse Richtungen. Kurze Zeit später (22:40 Uhr) wird die Polizeikette wieder aufgelöst. Die Demo löst sich auf.

Aus derselben Organisations-Gruppe wollen Leute am Samstag, 8. Juli, abends spät wieder mit Musik die Straßen im Gängeviertel einnehmen. Mit einer mobilen Musikanlage ziehen sie in die Feldstraße. Nach kurzer Zeit werden sie von einer schwarz gekleideten BFE-Einheit „überfallen“, die Musikanlage wird herumgeworfen. Einige sind danach so schwer verletzt, dass sie ins Krankenhaus müssen. (Bericht im Neuen Deutschland: Die Polizei schlug einfach drauf, Ralf Hutter, 11. Juli 2017; <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1056987.die-polizei-schlug-einfach-drauf.html>). Eine Frau hat ein gebrochenes Bein.

Bildungsstreik (Freitag, 7. Juli 2017)

Ab ca. 10:00 Uhr versammeln sich die Jugendlichen – unterstützt von vielen anderen – zum Bildungsstreik auf dem Deichtorplatz. 300 Leute wurden zunächst in der Mönckebergstraße von der Polizei aufgehalten (offenbar ein Teil des „lila Fingers“), kommen aber hinzu. Kurz nach 11:30 Uhr startet der Demonstrationzug. Von der Demoleitung wird aufgerufen, keine Waffen, Glasflaschen, Alkohol, Drogen, mitzuführen und sich nicht zu verummten. Von dieser Demo solle keine Eskalation ausgehen. Die Polizei hat jedoch oft die Helme auf, manche Polizist*innen setzen ihn zwischenzeitlich ab.

Großdemonstration: Grenzenlose Solidarität statt G20! (Samstag, 8. Juli 2017)

An der Demonstration, zu der ein breites Spektrum aufgerufen hat, beteiligen sich nach Angaben des Veranstalters 76.000 Menschen. Auch für diese Demonstration stehen Mengen von Polizeihundertschaften, BFE- und USK-Einheiten bereit. Viele sind auch hier in Kampfmontur, haben Sturmhauben auf, aber nicht unbedingt die Helme.

Selbst diese Demonstration bleibt nicht unbehelligt von polizeilichen Eingriffen. So sollte gegen 15:20 Uhr eine Gruppe von Demonstrierenden ohne jede Vorwarnung von einer Polizeieinheit aus der Demonstration herausgerissen werden. Es heißt, sie seien verummmt gewesen. Es war eine Gruppe vom „Revolutionärer Aufbau Waterkant“, die rote Fahnen mit Hammer und Sichel mit sich führten. Diese Gruppe tagt in den Räumen, die Samstagmorgen von der Polizei durchsucht wurden. Die Polizei berichtet, die verummmten Demonstrierenden hätten jedoch unerkannt untertauchen können. Aus der Gruppe wird berichtet, zwei Personen hätten aufgrund dieses Angriffs im Krankenhaus behandelt werden müssen.

Festzustellen ist hier, dass es nicht Aufgabe der Polizei ist, zu entscheiden, wer bei einer Demonstration

mitgehen darf. Da von dieser Gruppe keine Gefährdungen für die öffentliche Sicherheit ausgingen, wäre es – z.B. im Falle von Vermummung – notwendig gewesen, den Versammlungsleiter zu bitten, die Störung zu beheben. Das ist aber nicht geschehen. Die „Polizeifestigkeit“ einer Versammlung bedeutet, dass Eingriffe nicht auf das allgemeine Polizeirecht zu stützen sind, sondern Versammlungen unter dem besonderen Grundrechtsschutz stehen.

Etwas nach 15:30 Uhr erreicht die Demo den Millerntorplatz sehr entspannt. Auch hier queren behelmte Polizeibeamt*innen immer wieder den Kundgebungsplatz, wobei sie sich eher ruppig Platz verschaffen.

Nachdem das Raver-Auto, hinter dem ca. 750 Demonstrant*innen tanzen, kurz vor 16:30 Uhr auf der Wiese geparkt hat, umstellen behelmte Polizisten den Wagen und bitten den Fahrer, das Gelände zu verlassen. Kurz darauf queren 3 Polizeitrupps die Wiese und stellen sich an dem südöstlich gelegenen Hang in Abständen auf. Ecke Helgoländer Allee/Millerntordamm positioniert sich eine 30-köpfige BFE-Einheit. Gegen 17:00 Uhr stürmt eine USK-Einheit gezielt auf eine auf dem Rasen sitzende Gruppe zu, nimmt zwei aus der Gruppe fest und führt sie Richtung Bushaltestelle Millerntorplatz ab. Die meisten der auf der Wiese befindlichen Demonstrant*innen springen auf und laufen der USK-Einheit hinterher. Die Stimmung wird schnell angespannt. Die USK-Einheit war mit den beiden Festgenommenen zunächst auf den Kundgebungsplatz gelaufen. Vom Rande her werden einige wenige Flaschen in Richtung des Polizeitrupps geworfen. Kurz darauf setzt die Polizei einen Wasserwerfer - vor dem kurz vorher noch Polizisten mit Demonstrierenden Kreidespiele auf der Straße gespielt hatten -, nach vorne setzend, gegen die Kundgebungsteilnehmer*innen ein. Insgesamt eine halbe Stunde später wird der Wasserwerfer, der nun vor einer empörten Gruppe von Demonstrierenden steht, ein paar Meter zurückgesetzt. Schnell bildet sich auf dem frei gewordenen Platz eine Sitzblockade, die zur Beruhigung der Situation beiträgt.

9. Die Gemengelage im Schanzenviertel Freitagabend (7. Juli 2017)

Nach der zweiten Protestwelle nachmittags am Freitag, 7. Juli 2017, waren keine weiteren großen Proteste angekündigt worden. Das martialische Eingreifen in der Umgebung der Landungsbrücken hatte die Leute zunächst auseinander stieben lassen. Allerdings führen zu diesem Zeitpunkt keine U- und S-Bahnen mehr. Zudem hatte die Polizei zumindest alle Wege nach Süden aus Hamburg heraus ganz gesperrt. Selbst mit dem Fahrrad und der Bereitschaft weite Umwege zu fahren, war es nicht möglich, z.B. nach Wilhelmsburg zu kommen. So mussten viele Leute in der Stadt bleiben. Das Schanzenviertel bot sich dafür an. Dort kam es in dieser Nacht zu erheblicher Randalen, die seitdem die Berichterstattung über die Proteste gegen den Gipfel beherrscht. Da wir bei den Demonstrationsbeobachtungen die Versammlungen beobachten, haben wir diese Nacht nicht systematisch beobachtet. Einzelne Demonstrationsbeobachter*innen waren aber vor Ort.

Im Neuen Deutschland wird die Nacht so beschrieben: „In der Nacht auf den 8. Juli vertrieben dort auf einem etwa 600 Meter langen Abschnitt vermummte, schwarzgekleidete Protestierende die Polizei

mit Steinwürfen: Wasserwerfer wichen zurück. Vier Stunden lang gab es auf dem Schulterblatt keine Staatsgewalt. Barrikaden wurden gebaut, Tausende Schaulustige, die auf der Partymeile unterwegs waren, Anwohnende, Gruppen von Jugendlichen lebten sich aus. Ein Ausbruch von großteils spontanen Regelverstößen war die Folge: Schaufenster wurden eingeworfen, sieben Läden ausgeräumt. In spektakulären Fernhaufnahmen und auf Pressefotos scheint ein ganzer Stadtteil zu brennen. Diese Bilder eines scheinbar auch räumlich völlig entgrenzten, real jedoch recht kleinräumigen Ausbruches von Gewalt suggerierten ein komplettes Chaos. Seitdem werden Autonome als schwarzer Block für den Krawall verantwortlich gemacht und als Kommandozentrale die Rote Flora ausgemacht.“ <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1057829.die-rote-flora-betreibt-nachsorge.html>

Gegen 19:30 Uhr erscheint es Demobeobachter*innen an der Kreuzung Neuer Pferdemarkt/ Neuer Kamp recht friedlich. Sie haben den Eindruck, dass Leute in einer eher entspannten Situation rumhängen und es sich eher um Partyvolk handelt. Von den zwei dort aufgefahrenen Wasserwerfern erfolgt um 19:41 Uhr die Durchsage, dass der Wasserwerfer nicht eingesetzt würde, wenn alles friedlich bliebe. Noch während der Ansage kommt es zu Festnahmen durch die Polizei. Einzelne Flaschenwürfe aus der Menge folgen. Und schon beginnt die Eskalationsspirale. Schnell (19:49 Uhr) wird der Wasserwerfer auch gezielt gegen Journalisten eingesetzt. Es folgen eine Räumungsandrohung und ein Räumungsversuch der Straße, auf der kleine Zaunbarrikaden stehen. Es folgen Tränengasgranaten auf die Straßenmitte und Wasserwerfereinsätze. Allmählich kommen mehr „Autonome“ hinzu. In den nächsten Stunden zieht sich die Polizei zurück. In den Straßen entfaltet sich die begonnene Zerstörungswut. Geschäfte werden geplündert, Glasscheiben werden eingeworfen, auf den Straßen werden Brände entfacht, die durchaus auch die Häuser bedrohen. Es dominieren die Männlichkeitsrituale, die oft wenig politisch sind. Gleichzeitig gab es auch schwarz Gekleidete, die andere davon abhielten, das Viertel gefährdende Dinge zu tun. Es gab Anwohner, die versuchten Menschen von ihren Zerstörungen abzuhalten. Es gab auch linken Protest gegen die überbordende Gewalt der herrschenden Staaten und diejenigen, die diesen Gewaltausbruch politisch richtig finden.

Der Hamburger Fotograf Tim Bruening schildert seine Eindrücke so: „Das war absurd. Ich saß gerade beim Essen, als ich die ersten Böllerexplosionen hörte. Da war klar, dass es einen Zusammenstoß zwischen Autonomen und der Polizei gab, also bewegte ich mich darauf zu. Die Sache lief vielleicht seit zwei, drei Minuten, als ich ankam. Ich stand mitten auf der Kreuzung hinter dem Schwarzen Block, der Flaschen, Steine und Feuerwerkskörper Richtung Polizei warf. Die Polizei setzte Wasserwerfer ein. Es waren unglaublich viele Schaulustige und unbeteiligte Personen vor Ort. Viele filmten, einige hatten Livestreams oder sie facetimeten mit Familie und Freunden. Nicht wenige ärgerten sich lautstark über die Polizei. Zwischen den Schwarzen Block und die Schaulustigen gesellten sich immer mehr Kids aus dem Kiez, maximal Anfang 20. Die zogen dann Mülltonnen und anderes Zeug auf die Kreuzung und wollten diese anzünden. Sie hatten aber kein Feuer und haben uns noch nach einem Feuerzeug gefragt. Irgendein älterer bulliger Typ, der am Rand stand und filmte, gab ihnen Feuer. Dann fingen die an zu zündeln, bis Leute aus dem Schwarzen Block kamen, um dies zu verhindern: »Lasst den Scheiß!« Kurz darauf rannten Hundertschaften in den Block, und es brach Panik unter den Leuten aus. Ich stellte mich an den Rand, um nicht zwischen die Fronten zu geraten. Ein Typ stolperte direkt vor mir auf dem

Bürgersteig. Sofort sprangen zwei Bereitschaftspolizisten auf ihn. Ich konnte nicht ausmachen, ob es ein Demonstrant war, jemand der Flaschen oder Steine geworfen hatte, oder einer der Schaulustigen. Sie traten ihn, dann kniete einer auf seinem Rücken und schlug wie im Rausch immer wieder mit der Faust auf den am Boden Liegenden ein – in den Rücken und vor allem auf den Kopf. Bis seine Kollegen ihn anschrien: »Spinnst du? Hör auf! Bist du wahnsinnig? Hör auf!« Sie rissen ihn weg. Der anleitende Beamte der Truppe schlug den Polizisten gegen den Arm und schubste ihn weg. Ein anderer zog den Geschlagenen hoch und brüllte ihn an, er solle sich verpissen. Dann schrie der anleitende Beamte nochmal auf seine Kollegen ein: »Scheiße, spinnt ihr alle, oder was?« und trat dem gewalttätigen Beamten sogar gegen das Bein. Die Einheit zog sich zurück. Da ich zu dem Zeitpunkt noch mit Freunden unterwegs war, beschlossen wir die Seite zu wechseln. Die Lage war unübersichtlich und derartige Gewaltausbrüche gegen Zivilpersonen hatte ich noch nie erlebt. Ich dachte, der Polizist schlägt den Mann tot. Auf der Gegenseite angekommen, hatte man den Eindruck, die Lage spannte und entspannte sich kontinuierlich. Irgendwann stieg dann doch Rauch auf von der Kreuzung. Irgendwer hatte die Mülltonnen angesteckt. Das war der erste Brand. Später am Abend brannte die halbe Straße, aber die Bilder kennen ja alle. Interessant ist, wer dort war. Das waren neben Autonomen aus Italien und Griechenland vor allem Kids aus dem Kiez. Mit Jogginghose, Caps und Umhängetaschen. Autonome rissen dann Bretter von Schaufenstern, um sie in die brennenden Barrikaden zu werfen. Daraufhin kamen drei bis vier Jungs von einer Gang, schauten sich kurz an und schlugen die Scheiben ein. Ein Freund von mir beobachtete, wie ein vielleicht gerade 18-jähriger Typ mit fünf iPads unterm Arm aus einem Store kam: »Digga, geil! Das ist ja wie Weihnachten!« Am nächsten Tag hieß es, die Linken hätten geplündert. Die Politik behauptet es weiterhin. Mittlerweile kann man nachlesen, dass dem nicht so war. Das hat sich aufgeteilt in ein paar Autonome, Kids aus dem Kiez und kleine Gangs. Es haben sich, wie man in den folgenden Tagen erfahren hat, aber auch Rechte und Hooligans unter die Autonomen gemischt und gezielt die Polizei angegriffen. Letztlich stürmte das SEK/MEK die Schanze mit Maschinengewehren. Da hatte ich mich bereits zurückgezogen.“ <https://www.intro.de/life/fragen-zur-g20-eskalation-ich-dachte-der-polizist-schlagt-den-mann-tot>

Die Rote Flora, die mitten in diesem Viertel liegt, geschlossen war und nur Verletzte versorgt hat, meldete am 12. Juli: »Emanzipatorische Politik bedeutet für uns nicht, Unbeteiligte in Angst und Schrecken zu versetzen. Wir können verstehen, dass Menschen in der Nachbarschaft auf die Ereignisse des Wochenendes mit Fragen und Unverständnis reagieren.«

Immer wieder gab es auch Hinweise auf Beteiligung aus der extrem rechten Szene. Andere halten dies für einen völlig falschen und in die Irre führenden Verdacht. Der Agenturfotograf Andreas Scheffel meint Belege zu haben und berichtet am 21. Juli 2017 darüber in der jungen welt. <https://www.jungewelt.de/artikel/314813.gezielt-gegen-staat-und-polizei-vorgegangen.html>

Der Protest und die Krawalle waren jedenfalls auch von Zivilpolizisten unterwandert, die einmal mehr eine unklare Rolle spielten. Mehrere Medien berichteten. <<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/g20-einsatz-in-hamburg-warum-ein-polizist-in-der-schanze-schoss-a-1156822.html>>

Letztlich entscheidet die Polizei, das SEK für den Einsatz im Schanzenviertel anzufordern. Es ist

davon auszugehen, dass die ganze Zeit Tatbeobachter, Polizisten, die als Teil von BFE- und USK-Einheiten zivil unterwegs sind, vor Ort waren und die Lage beobachtet haben. Des Weiteren haben Hubschrauber das Viertel überwacht. Auf einigen flachen Hausdächern waren Leute zu beobachten. Die Polizei informierte, dass sie davon ausging, dass von diesen Dächern Platten und Molotowcocktails geworfen werden könnten. Gefunden wurden entsprechende Gegenstände nicht. Die Menschen, die festgenommen wurden, wurden relativ bald wieder aus der Untersuchungshaft entlassen. Inzwischen ist geklärt, dass die auf einem Dach festgenommenen Russen, Medienaktivisten sind, die die Riots beobachten und filmen wollten. Sie sind relativ bekannte Dokumentarfilmer.

Zum Einsatz des USK gegenüber Menschenmengen ist der Artikel von Martin Kirsch aus der Informationsstelle Militarisierung (IMI) lesenswert: <http://www.imi-online.de/2017/07/20/spezialeinheiten-gegen-menschenmengen/>

... und Samstagabend (8. Juli 2017)

Nach der Großdemo ist es am Samstag bis ca. 17:45 Uhr im Schanzenviertel ruhig, friedlich und entspannt. Das gilt für das Gebiet um die Haltestelle Sternschanze auch noch bis mindestens 21:30 Uhr. Kurz vor 18:00 Uhr werden jedoch hinter der Flora Polizeikräfte zusammengezogen. Der Platz vor der Flora ist voller Menschen. Gegen 18:45 Uhr stürmen Hamburger Einsatzkräfte das erste Mal auf die Straße (Juliusstr. Richtung Susannenstraße), rennen Menschen hinterher, sprühen Pfefferspray ziellos in die seitlich stehende Menge. Dann baut sich die Eskalation seitens der Polizei immer mehr auf. Einsatzkräfte auch aus Hessen und wieder Spezialeinheiten mit Maschinenpistolen, Wasserwerfer etc. werden zusammen gezogen.

Im Gegensatz zum Vorabend wird der Platz gegen 20 Uhr schnell und mit gewohntem Stoßen, Wasserwerfern (2 Frauen werden durch den Strahl verletzt) innerhalb von 20 Minuten geräumt, ohne Ausweichmöglichkeiten und ohne Ansage. Nur durch eine kleine Seitenstraße kann man sich zurückziehen, ohne in den nächsten Wasserwerfer zu laufen.

Über den nächtlichen Angriff auf die Tanzenden berichten wir an anderer Stelle.

10. Polizeiliche Machtdarstellung und Provokationen

Selbst die Großdemonstration am Samstag steht unter dem ständigen Druck und den polizeilichen Provokationen.

Die Polizei ist selbst hochgradig ver mummt, selbst bei der Großdemo am Samstag haben die meisten, die keine Helme aufhaben, zumindest die Sturmmasken auf, die weitgehend ver mummen.

Immer wieder begegnen uns Einheiten, die darüber hinaus bezüglich ihrer Zugehörigkeit „ver mummt“ sind. Sie tragen keine Länderabzeichen, manche gar keine Erkennungszeichen, und sind somit nicht zuzuordnen. Allerdings gibt es auch Polizeibeamte, die die Kennzeichen von zwei verschiedenen Ländern tragen.

Die Ansagen aus den Lautsprechern der Wasserwerfer sind meist nicht zu verstehen.

Immer wieder haben wir beobachtet, dass kleinere oder größere Polizeigruppen provokativ am Rande einer Versammlung auftraten oder auch durch sie hindurch liefen. Ein solches Verhalten stört den staatsfreien Charakter einer Versammlung, wirkt wie eine Provokation, die Reaktionen hervorlocken soll, und macht die Dominanz und Kontrolle sichtbar.

Pfefferspray ist immer wieder sofort und ohne Vorwarnung gegen Einzelne eingesetzt worden. Auch passiv sitzende Gruppen sind mit Pfefferspray angegriffen worden. Die Wiedereinführung von Abstandswaffen – davor warnen wir schon lange – lässt verstärkt wieder eskalative, gewaltförmige Auseinandersetzungen entstehen, statt kommunikative und deeskalative Umgangsformen zu stärken. In Hamburg war aber auch der Einsatz des Schlagstocks in einer Weise charakteristisch, wie es lange nicht mehr üblich war. Um auf Menschen so unmittelbar und aus der Nähe einzuschlagen, muss die Hemmschwelle zur Verletzung von Menschen sehr herabgesetzt sein. Selbst auf Menschen, die zum Zeichen ihrer Friedfertigkeit die Hände erhoben, wurde eingepöbeln.

Es wurde fast immer anlasslos gefilmt – also auch bei den friedlichen Demonstrationen.

11. Bürgerliche Kreativität

Hamburg war in dieser Woche im Zentrum geprägt von den vielen inhaltlichen Auseinandersetzungen mit den Protesten gegen G20 und dem politisch-polizeilichen Umgang mit diesen Protesten. Seit dem Ignorieren des Gerichtsurteils durch die Polizei bezüglich des Camps in Entenwerder war die Frage nach Zelten präsent. Es entstanden die vielen Übernachtungsmöglichkeiten im Schauspielhaus, an den Kirchen, im Millerntor-Stadion. Die Zelte spielten beim Cornern eine spielerische Rolle, auf die die Polizei mit brachialer Gewalt reagierte. Aber die Bürger*innen zogen sich nicht zurück, gaben den Protest nicht auf, sondern kamen Abend für Abend wieder zusammen. Die Proteste vom Cornern über Nachttanzdemo bis zur „Welcome to hell“-Demo und selbstverständlich bei der Großdemonstration machten deutlich, dass es ein hohes Maß an Solidarität gibt.

Der „Arrivati Park“ am Neuen Pferdemarkt wurde zu einem der Anlaufzentren, in denen diskutiert und gefeiert wurde. Die „Hamburg Urban Citizenship Card“, die dort ausgegeben wurde, thematisierte Flucht, Migration und Urban Citizenship. Mittwoch und Donnerstag fand in der Kampnagel Fabrik ein Alternativgipfel unter dem Thema „Gipfel der globalen Solidarität“ statt, zu dem insgesamt ca. 2.500 Teilnehmer*innen kamen. Im Millerntor-Stadion war in zwei Tagen mit Unterstützung des Chaos Computer Clubs und vielen Medienaktivist*innen ein unabhängiges, internationales Medienzentrum (FC MC) aufgebaut worden, das die Proteste und ihre inhaltlichen Begründungen in den Mittelpunkt stellte. Täglich wurde zu Pressekonferenzen eingeladen, die eine andere Sicht auf G20 und ihre Inhalte ermöglichten.

Raul Zelik schrieb in der WOZ: „Die Proteste von Hamburg waren jenseits der Straßenschlachten von einer Kreativität und Lebendigkeit geprägt, wie sie auch die meisten Organisator*innen des Gipfelprotestes wohl nicht für möglich gehalten hätten.“

12. Hausdurchsuchung am Samstag, 8. Juli 2017

Eine Hundertschaft der niedersächsischen Polizei und Beamte des Landeskriminalamtes Hamburg durchsuchten zwei Stunden lang das Internationale Zentrum B5 <https://internationaleszentrumB5.wordpress.com/> in der Brigittenstraße. Anlass für die Maßnahme, so die Hamburger Polizei, war ein ernstzunehmender Hinweis des Verfassungsschutzes.

Sie ignorierten Aktivisten des Zentrums, die anboten, die Türen aufzuschließen und brachen sie stattdessen auf. Außerdem wurde auch das benachbarte Kino B-Movie <https://www.b-movie.de/> und mindestens eine Privatwohnung durchsucht. Weder die Wohnung noch das Kino gehören zum B5. Es wurde für beide kein schriftlicher Durchsuchungsbeschluss vorgelegt.

Bericht zur Privatwohnung: Glaselemente in den Wohnungstüren seien zerschlagen worden, der Couchtisch wurde durch die Wohnung geworfen. Der Grund für die Durchsuchung sei ihm nicht genannt worden. Er habe der Polizei gesagt, dass er Anwohner sei und nichts mit dem B5 zu tun habe. Laut ihm war das den Polizisten egal. Erst nach zwei Stunden hätten die Beamten ihn entfesselt, aber ihm sei verboten worden, die Wohnung zu verlassen. Die Möglichkeit, Zeugen oder einen Anwalt zu holen, sei verweigert worden.

Laut einer Mitteilung des Internationalen Zentrums seien die Menschen im B5 über eine Stunde gefesselt gewesen, einer Ärztin sei es untersagt worden, sich um Verletzte zu kümmern. Außerdem seien ebenfalls keine Zeugen dabei gewesen, als die Polizei die Türen in den Räumlichkeiten aufbrach. Der Hinweis der Polizei auf gefundene Pyrotechnik sei eine Lüge. Das antiimperialistische Zentrum bezeichnet das Vorgehen als Angriff.

13. Kontrollen bei der Anreise

Am Samstag, 8. Juli 2017, war ein Bus mit 44 jungen Menschen auf dem Weg von NRW nach Hamburg zur Demonstration „Grenzenlose Solidarität statt G20“ unterwegs. Der Bus, welcher vom Landesverband NRW der SJD – Die Falken NRW organisiert wurde, wurde ab 7:00 Uhr morgens über mehrere Stunden von der Polizei aufgehalten. Der Bus musste zur Gefangenenammelstelle (GeSa) in Hamburg-Harburg fahren. Die Insassen – es waren auch Minderjährige im Bus – wurden einzeln abgeführt. Für die Kontrollen mussten sie sich teilweise nackt ausziehen und abtasten lassen. Anschließend wurden sie in Zellen verbracht. Anrufe bei Anwäl*innen wurden ihnen die ganze Zeit über verweigert. Einige Polizeibeamt*innen machten den jungen Menschen Angst, sie würden über Nacht in den Knast kommen. Erst gegen Mittag wurde die Maßnahme abgebrochen und die Teilnehmenden konnten weiter zur Demonstration fahren. <https://www.falkennrw.de/NRW-Falken%20klagen%20gegen%20Hamburger%20Polizei>

Klage gegen dieses Verfahren der Polizei wurde eingereicht. Lapidar wurde inzwischen von der Polizei

informiert, dass dem Vorgehen gegen diesen Bus eine Fehlinformation zugrunde gelegen hätte.

Vor der „Welcome to hell“-Demo sollten Jugendliche in einem Bus der solid-Jugend der Polizei ihre Handys freischalten. Nach Intervention von Parlamentarischen Beobachter*innen wurde dies abgebrochen.

14. Die Situation in der Gefangenessammelstelle (GeSa)

Der Ermittlungsausschuss G20 schreibt am 9. Juli 2017: Die Haftbedingungen in der Gefangenessammelstelle in Hamburg-Harburg sind katastrophal, die Gefangenen werden menschenunwürdig behandelt. Der Zugang zu anwaltlichem Beistand und ärztlicher Versorgung wurde verschleppt. Anwält*innen berichten von systematischem Schlafentzug durch Dauerbeleuchtung, Essensentzug, bewusster Verletzung des Schamgefühls, unerträglicher Hitze in den Zellen, Erniedrigungen und Einschüchterungen sowie absichtlicher Desinformation über die angeblich zu erwartenden Strafen. <https://g20ea.blackblogs.org/category/presse/>

Der Anwaltliche Notdienst (AND) schreibt: Hamburger Justiz und Polizei haben in der Gefangenessammelstelle (GeSa) in Hamburg-Harburg systematisch die Rechte von in Gewahrsam Genommenen und Rechtsanwälten verletzt. (...)»Wir sind bei dem Versuch, von der Polizei in Gewahrsam genommenen Personen rechtlichen Beistand zu leisten, blockiert, beschimpft und physisch attackiert worden«, kritisiert Rechtsanwalt Lino Peters vom AND. »Dass hier rechtsstaatliche Prinzipien über vier Tage willkürlich außer Kraft gesetzt werden konnten, muss personelle und politische Konsequenzen bei den Verantwortlichen nach sich ziehen«, so Rechtsanwältin Daniela Hödl. <https://www.anwaltlicher-notdienst-rav.org/de/g20-gesa-rechte-systematisch-verletzt>

Entgegen der Ankündigung, dass in der GeSa alle Ingewahrsamnahmen binnen weniger Stunden bearbeitet und einem Richter vorgelegt werden könnten, waren manche Menschen über 30 Stunden in dieser GeSa ohne richterliche Anhörung. Die Zellen waren jedoch gerade für einen solchen längeren Aufenthalt nicht geeignet. Es gab keine Schlafgelegenheiten, es gab so gut wie nichts zu essen und zu trinken und ein Toilettengang war nur in Begleitung möglich. Zu essen erhielten die Gefangenen nur auf Nachfrage ein Knäckebrot und zu trinken auf Nachfrage einen Becher mit 0,1 Liter Wasser.

15. Angriffe auf Funktionsgruppen: Sanitäter*innen, Journalist*innen, Rechtsanwält*innen

Ein Journalist des Hamburger Abendblatts und ein Demobeobachter sprechen am Donnerstag, 7. Juli 2017, mit einer Sanitäterin. Sie erklärt, dass es bislang vermehrt Rippenbrüche und ähnliches gegeben habe. Besonders viele Kopf- und Schnittverletzungen habe sie gesehen, auch und insbesondere durch Stürze etwa auf die Knie. Sie hätte viel vor Ort nähen müssen. Dabei habe sie erlebt, dass selbst Krankenwagen von der Polizei nicht durchgelassen wurden. Eine Gruppe von Sanitätern sei von Zivilpolizisten überfallen und mit Schlagstöcken verprügelt worden. Die Sanis hätten diese lediglich

durch den Knopf im Ohr als Polizisten identifizieren können.

Das Neue Deutschland berichtet am 17. Juli 2017 ausführlich zur Situation der Sanitäter*innen:

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1057516.g-sondereinsatzkommando-zielte-auf-sanitaeter.html> Wir zitieren aus diesem Bericht:

„Die Gruppe von ehrenamtlichen Sanitätern leistet auf Demonstrationen Erstversorgung für Demonstranten, etwa in Situationen, wo offizielle Rettungskräfte nicht helfen können. Eine solche Situation ist die Nacht vom 7. auf den 8. Juli im Hamburger Schanzenviertel. Draußen brennen Barrikaden, es gibt heftige Auseinandersetzungen (<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1056626.g-protest-strassenschlachten-im-schanzenviertel.html?sstr=G20%7C>) im Schulterblatt zwischen Vermummten, Schaulustigen und der Polizei. Weil auch die Polizei für drei Stunden nicht in den Straßen rund um das Schulterblatt präsent ist, können die Rettungskräfte der Hamburger Feuerwehr hier nicht helfen.

Die Riot Medics dagegen schon, doch auch für sie wird die Situation gefährlich, wie sie schreiben. Zusammen mit den Sanitätern der »Left Demo Medics« haben sie sich in einen Hausflur auf dem Schulterblatt zurückgezogen. Die Bewohner des Hauses sollen ihnen die Tür geöffnet haben, Verletzte aus der unmittelbaren Gefahrenzone seien hineingebracht worden – insgesamt 18 Personen, eine Ärztin, mehrere Sanitäter und Patienten befanden sich nach den Angaben um kurz nach Mitternacht im Hausflur. Eine Person sei so schwer verletzt gewesen, dass sie nur liegend ins Krankenhaus habe transportiert werden können. Doch kein Krankenwagen konnte zu dieser Zeit das Schulterblatt anfahren. Die Gruppe habe sich entschlossen zu warten. Währenddessen stürmte die Polizei das Viertel und beendete die Krawalle.

Als die drei Sanitäter das Haus verließen, trafen sie auf ein Spezialeinsatzkommando. Sie wiesen auf die Verletzten und Sanitäter im Hausflur hin, heißt es. Daraufhin stürmten die Einsatzkräfte das Haus. Mit den Worten »Augen nach links oder es knallt« sei einem Sanitäter eine Waffe in den Rücken gedrückt worden. Langsam und mit erhobenen Händen seien Sanitäter und Verletzte aus dem Haus getreten, wo sie abgetastet wurden. Der in Rettungsdecken gewickelte Schwerverletzte wurde demnach auf Anweisung der Spezialkräfte vor das Haus getragen. Eine halbe Stunde später seien die Sanitäter aus dem Viertel geleitet worden. Der Schwerverletzte wurde zu einem Rettungswagen außerhalb der Polizeiabsperungen getragen, dort übernahmen die professionellen Rettungskräfte.“

Am Freitag gegen 18:15 Uhr im Reeperbahnviertel kommt ein Fotograf zu Demonstrationsbeobachter*innen. Er zeigt ein Foto, auf dem zu sehen ist, dass einer der vor einer Kneipe postierten Polizisten eine Tränengasgranate direkt in seine Richtung schoss.

Ein Fotojournalist des Stern berichtet, dass er gezielt bei der „Welcome to hell“-Demo vom Wasserwerfer angegriffen wurde. Später wurde er am selben Abend in der Schanze gezielt von einem Polizisten mit Pfefferspray angegriffen. Er stand nur mit Leuten in einem Hauseingang und war als Fotoreporter erkennbar: <http://mobil.stern.de/panorama/stern-crime/stern-fotograf-hans-juergen-burkard-keine-polizeigewalt--herr-buergermeister--das-stimmt-nicht--7539418.html>

Der Anwaltliche Notdienst schreibt abschließend: Die Arbeit von Journalist*innen, die ebenfalls der Kontrolle der Exekutive dient, wurde ganz erheblich behindert. Mehrere Dutzend Journalist*innen verloren ihre Akkreditierung für den Gipfel aufgrund von Geheimdienstinformationen, deren Herkunft nach wie vor ungeklärt ist. Es besteht der Verdacht, dass nicht genehme Journalist*innen von der Berichterstattung ausgeschlossen werden sollten. Parallel dazu wurden während des Protestgeschehens zahllose Berichtersterter*innen von der Polizei unter Druck gesetzt oder gar angegriffen, wie Darstellungen von Betroffenen und Bildaufnahmen belegen.

Ein massiver Eingriff in die Pressefreiheit und zugleich ein beispielloser Verstoß gegen den Datenschutz ist der nachträgliche Entzug der Akkreditierung von 32 Journalisten. Ihre Namen standen auf einer Schwarzen Liste, die offen einsehbar von vielen Polizisten herumgetragen wurde. Diese Liste enthält die Namen von 32 Journalisten, die vom Bundesinnenministerium via Twitter pauschal als Sicherheitsrisiko stigmatisiert wurden. „Die Sicherheitsbehörden überprüfen, ob sicherheitsrelevante Erkenntnisse vorliegen, die gegen eine Akkreditierung sprechen. (...) Das war in einigen Fällen gegeben.“ Immerhin müssen diese vermeintlichen Erkenntnisse so gravierend gewesen sein, dass sie einen massiven Eingriff in das Grundrecht auf Pressefreiheit rechtfertigen würden. (...) Alarmiert zeigt sich der Hamburger Datenschutzbeauftragte Johannes Caspar: „Sobald sich die Betroffenen namentlich auf entsprechenden Sperrlisten finden, die wie Handzettel quasi offen einsehbar kursieren, hat dies einen offen diskriminierenden Charakter“ erklärte er gegenüber dem ARD-Hauptstadtstudio. Die Verantwortlichen seien verpflichtet gewesen, „technische und organisatorische Maßnahmen zu ergreifen, die eine Stigmatisierung Betroffener verhindern.“ <http://www.tagesschau.de/inland/gzwanzig-journalisten-109.html>

Der Anwaltliche Notdienst berichtet, dass Anwäl*innen bei ihrer Arbeit innerhalb und außerhalb der Gefangenessammelstelle behindert wurden. „Sie wurden oftmals nicht zu Beistandsuchenden vorgelassen und sogar körperlich angegriffen. Zeitweise fand eine Gleichsetzung der Anwäl*innenschaft mit dem ›Feindbild Demonstrant‹ statt und Anwäl*innen wurde unterstellt, Straftaten zu fördern. Ein derartiger Generalverdacht gegen die Anwäl*innenschaft ist nicht hinnehmbar.“ http://www.rav.de/fileadmin/user_upload/rav/g20/20170714_Pressemitteilung_des_RAV_Bilanz_der_G20_Proteste_-_Feindbild_Demonstrant.pdf

16. Schlussfolgerungen

In erschreckender Weise beherrscht die von Politik und Polizei prognostizierte Gewalt, die zu bestimmten Zeiten und in begrenzten Räumen dann tatsächlich stattgefunden hat, die öffentliche Diskussion. Alle „Linken“ scheinen pauschal für die Gewalt des einen „schwarzen Fingers“ wie die der Riots im Schanzenviertel verantwortlich zu sein. Linke Kritik wird desavouiert und linke Projekte sollen abgeschafft werden. Der rechte Ruf nach Ordnung und Rechtlosigkeit gewinnt eine erschreckende Dynamik.

Tatsächlich müssen vor allem viele Fragen gestellt werden: Wie war es möglich, dass diese Polizei dermaßen außerhalb der Rechtsordnung agieren konnte? Wo ist die politische Kontrolle des Polizeiapparats geblieben? Wie kann es geschehen, dass von der Polizei ein solches Ausmaß an Gewalt gegen Personen ausgeübt wird? Wie ist es möglich geworden, dass die Polizei statt Strafverfolgung zu betreiben (dort, wo es tatsächlich veranlasst ist), Gewalt gegen Bürger*innen ausübt?

Wie kann es dazu kommen, dass die Polizei entscheidet, welche Versammlungen stattfinden dürfen und welche nicht? Das sichtbare Verhalten der Teilnehmer*innen jedenfalls begründete nicht das extrem unterschiedliche Vorgehen der Polizei gegen Versammlungen. In welchem Maße waren der Verfassungsschutz und die Polizei in den Protesten involviert? Gab es V-Leute, Verdeckte Ermittler und Polizei in szenetypischer Kleidung und wieviele? Wieso wurde einzig der „schwarze Finger“, der randalierend die Elbchaussee hinunter und nach Altona zog, nicht von der Polizei aufgehalten? Musste wirklich das SEK Freitagnacht im Schanzenviertel eingesetzt werden? Welche Bedrohungen wurden aufgrund welcher Fakten vermutet und was ist davon nachweisbar? Welche Zusatzstoffe waren dem Wasser der Wasserwerfer beigemischt?

Es ist zu fragen, welche Bundesbehörden – vom Bundesministerium des Inneren, über Bundeskriminalamt und dem Bundesamt für Verfassungsschutz bis hin zum Kanzleramt – in welchem Maß Einfluss auf die Planungen im Umgang mit dem Protest genommen haben. Wie und mit welchen Erkenntnissen war der Verfassungsschutzverbund beteiligt? Wie ist der Einsatz von ausländischen Polizeieinheiten zu bewerten?

Zugleich muss sich aber auch die linke Bewegung fragen, wie sie die Diskussionen über legitime Proteste, über Ausdrucksformen und Mittel miteinander diskutieren will. Obwohl Distanzierungen von Protesten und Aktionen anderer immer wieder gefordert werden, gibt es eine lange und selbstverständliche Tradition, sich diesen Erwartungen zu widersetzen. Jeder/Jede ist zunächst einmal verantwortlich für das, was er selbst tut und zu was er aufruft. Sich immer zunächst von Straftaten zu distanzieren, macht keinen Sinn. Und Solidarität ist eine notwendige Haltung gegenüber denen, mit denen man politisch zusammenarbeitet. In diesen Tagen in Hamburg hat es andererseits aus guten Gründen auch Kritik aus der linken Szene an den Riots im Schanzenviertel gegeben.

In den Medien werden diese in den Kontext des Insurrektionalismus und des Buches „Der kommende Aufstand“ gestellt. Dieses Buch ist jedoch vor allem in den Feuilletons der Medien vor einiger Zeit

gefeiert worden, auf die Diskussionen in politischen Gruppierungen hat es kaum Einfluss genommen.

Radikale linke Kritik muss sich allerdings immer neu fragen, wie Proteste so organisiert und kommuniziert werden können, dass ihre radikale Kritik zum Ausdruck kommt, ohne sich in revolutionären Gesten zu gefallen, die der gegenwärtigen Zeit und den vielen Erfahrungen mit gewaltvollen Revolutionen nicht entsprechen.

Wissenschaftler*innen fordern eine unabhängige Untersuchungskommission statt eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Wir unterstützen diese Forderung mit Nachdruck. Es muss eine unabhängige Kommission gebildet werden, die frei von parteipolitischen Interessen die Vorgänge aufklärt, analysiert und Schlussfolgerungen zieht. Unabhängige Sachverständige, Wissenschaftler*innen, Beobachter*innen, Rechtsanwälte*innen müssen in einer solchen Untersuchungskommission zusammenarbeiten. Sie müssen den Zugang zu allen Akten, Aufzeichnungen etc. bekommen und diese auswerten.

Insofern ist auch dieser Bericht noch ein vorläufiger. Es bleibt noch viel zu tun, aber wir hoffen mit diesem Überblick einen Beitrag dafür geschaffen zu haben.

Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.

Aquinostr. 7 - 11 | 50670 Köln

Telefon 0221 9726930

Fax 0221 9726931

info@grundrechtekomitee.de

www.grundrechtekomitee.de

Spendenkonto:

Kontoinhaber: Grundrechtekomitee e.V.

IBAN DE76 5086 3513 0008 0246 18

BIC GENODE51MIC

Kreditinstitut: Volksbank Odenwald

Um in unserer grund- und menschenrechtlichen Arbeit unabhängig zu bleiben, sind wir auf Spenden angewiesen. Spenden sind steuerlich absetzbar.